

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.

Wirken gegen Rechtsextremismus in den Kommunen

Aktuelle rechtsextremistische Aktivitäten
und Erscheinungsformen im Vorfeld der
Kommunalwahlen 2008

Dokumentation der Veranstaltung vom 7. Juli 2007

kommunal- aktuell
02-07

Impressum

Herausgeber: kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Straße 8, 16321 Bernau;

Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295

E-Mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss: 20. September 2007

Inhalt

Vorwort	2
Begrüßung	3
Zur aktuellen Situation des Rechtsextremismus in Brandenburg Dr. Michael Kohlstruck	4
Zur Arbeit der Mobilen Beratungsteams Karin Dörre	22
Zu den Aktivitäten der DVU im Landtag Brandenburg Dr. Detlef Voigt	26
Aus der Diskussion	28

In vielen Städten haben sich lokale Initiativen zusammengefunden mit Namen wie „Plattform gegen rechts“, „Aktionsbündnis“, „Netzwerk für ein tolerantes ...“ oder „Runder Tisch gegen Gewalt“. In der Regel gab es einen konkreten Auslöser, der dann die Bürger an einen Tisch brachte. Das Verhältnis zwischen den Verwaltungen und den Initiativen ist sehr unterschiedlich. In welcher Form und in welcher Intensität sich die kommunale Verwaltung bei der Unterstützung von Initiativen beteiligt variiert von Kommune zu Kommune von dankbarer Zustimmung und Unterstützung über Gleichgültigkeit („Macht mal!“) bis zu Aversion. Der Startschuss zur Bildung einer Initiative ging in manchen Kommunen auch von der Verwaltung aus. Einzelne Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben wesentlichen Anteil am Aufbau von örtlichen Initiativen. Die Motive dafür waren unterschiedlich: Korrektur des Images der Kommune in der Öffentlichkeit/den Medien, moralische Entrüstung, Druck von Bürgerinitiativen u.a. Wie in anderen Bereichen hängt es auch in den Verwaltungen davon ab, ob sich dort Personen finden, die sich dem Thema Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit stellen.

Rechtsextreme Einstellungen drohen wieder in der Mitte der Gesellschaft heimisch zu werden. Sie sind nicht länger ein Problem eines Randes oder bestimmter Altersgruppen, schon gar nicht nur ein Problem von Gewalt und Jugendkultur. Für unser Zusammenleben ist es wichtig, sich nicht nur auf Polizei, Verbote und Repression zu verlassen, sondern sich inhaltlich mit der verhängnisvollen Ideologie auseinander zu setzen und die demokratische Alltagskultur zu stärken.

Mit dieser Broschüre dokumentieren wir eine Veranstaltung, die am 7. Juli 2007 im Potsdamer Tagungshaus BlauArt, Hermannswerder, stattfand. Wir wollen damit ein Zeichen für Toleranz und lebendige Demokratie setzen und gleichzeitig Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern die Möglichkeit zu einem weiteren Erfahrungsaustausch anbieten.

Leider wurde uns die Veröffentlichung der Transkription des Beitrages von Frau Ariane Fäscher nicht genehmigt – aus rechtlichen Gründen müssen wir diesen Umstand respektieren.

Ergänzend zur vorliegenden Broschüre möchten wir die Gelegenheit nutzen, um auf den vor wenigen Tagen veröffentlichten Sammelband von:

Julius H. Schoeps/Gideon Botsch/Christoph Kopke/Lars Rensmann (Hg.)

Rechtsextremismus in Brandenburg

Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention; ca. 400 Seiten; Hardcover,

ISBN 978-3-86650-640-4; ca. € 19,80

aufmerksam zu machen.

Steffen Friedrich

Geschäftsführer

Begrüßung

Jana Schulze

Mitglied des Vorstands des „kommunalpolitischen forum Land Brandenburg“ e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter des kommunalpolitischen forums,
sehr geehrte Gäste,

sie sind angekommen in unserer Gesellschaft!

Mit Anfang dieses Jahrtausends mussten wir begreifen, dass der Rechtsextremismus nicht nur am Rand der Gesellschaft angesiedelt ist, nicht mehr isoliert betrachtet werden kann, sondern dass ausländerfeindliches Denken und Handeln, rechtsextremistische Einstellungen, Intoleranz, wie zunehmende Gewaltbereitschaft bis weit in unsere gesellschaftliche Mitte hineinreichen.

Nazistrukturen, so mussten wir leidvoll erfahren, sind weder ein bloßes jugendkulturelles Problem, noch handelt es sich um ein isoliertes Phänomen, das sich allein durch aufklärerisches Bemühen um Einstellungsveränderungen oder Appelle beseitigen lässt. Sichtbares Zeichen dagegen sind die Erfolge der NPD nicht nur bei Landtags-, sondern vor allem auch Kommunalwahlen, wie im vergangenen Jahr in Sachsen und Thüringen. Die Naziartei etabliert sich in der Bevölkerung auch im Land Brandenburg mancherorts als eine akzeptierte Kraft, die wählbar erscheint. Insbesondere in ländlichen Regionen herrscht schon heute ein Klima der Akzeptanz für nazistische Einstellungen und Handlungen. Wir stehen vor der Herausforderung, mit einer politischen Strömung konfrontiert zu sein, die nicht nur aggressiv bis zur Gewalttätigkeit ihre Ziele verfolgt, sondern der aufgrund ihrer Verankerung in der Gesellschaft – auch wegen der breiter werdenden Zustimmung zu Elementen ihrer Weltanschauung – nur langfristig begegnet werden kann. In Städten wie Cottbus, Brandenburg a. d. H., um hier nur zwei Beispiele zu nennen, haben sich schnell Gegenbewegungen entwickelt. Die Schwierigkeiten, die rechtsextreme Gruppen zu ihrem Vorteil auch in Brandenburg immer weiter anwachsen lassen können, liegen in den ländlichen Räumen. Hier gilt es, spezifische Ideen zur Förderung zivilgesellschaftlich-demokratischer Kultur zu entwickeln.

Rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in Brandenburg möchten wir mit unserer heutigen Bildungsveranstaltung den Auftakt für eine m. E. nach dringend erforderliche weitere Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland, im Land Brandenburg geben. Mit großem Respekt darf ich Ihnen unsere Referenten des heutigen Tages vorstellen:

Frau Karin Dörre, vom Mobilen Beratungsteam für Toleranz, Regionalbüro Angermünde,
Frau Ariane Fäscher, Nordbahngemeinden mit Courage,
Herrn Dr. Michael Kohlstruck, von der Technischen Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung
und nicht zuletzt
Herrn Dr. Detlef Voigt, Landtagsdirektor des Brandenburger Landtages.
Ich möchte uns auffordern zu intensivem Zuhören und freue mich auf eine interessante Diskussion mit Ihnen.

Bevor ich gleich Herrn Dr. Kohlstruck das Wort erteile, möchte ich mit großer Freude in unseren Reihen einen besonderen Gast begrüßen. Frau Wera Quoß, die in dieser Woche, überreicht vom Regierenden Bürgermeister in Berlin, Herrn Wowereit, mit dem Band für Mut und Verständigung für ihr langjähriges Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ausgezeichnet worden ist.

Zur aktuellen Situation des Rechtsextremismus in Brandenburg

Dr. Michael Kohlstruck

Leiter der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin

Guten Tag, vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, hier etwas zum Rechtsextremismus im Land Brandenburg vortragen zu können. Ich darf zu Beginn ganz kurz etwas zu meinem institutionellen Hintergrund sagen, dazu habe ich Ihnen auch einen kleinen Flyer mitgebracht: Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin und dort an der Arbeitsstelle für Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus. Dem Flyer können Sie Kontaktdaten entnehmen. Wir sind an der Arbeitsstelle bemüht, Information, Fortbildung und Beratung zu dem Themenfeld Rechtsextremismus und Jugendgewalt anzubieten, also aus der Universität herauszuwirken und nicht Forschung für die Forschung, sondern Forschung für die Praxis zu betreiben.

Gliederung

- 1 Konzepte Rechtsextremismus
- 2 Politischer Rechtsextremismus
- 3 Rechte Gewalt,
rechtsextreme Jugendszenen
- 4 Einstellungen, Haltungen

Zur aktuellen Situation des Rechtsextremismus in Brandenburg. Ich will versuchen, einen Überblick zu geben, vor allem hinsichtlich jetzt nicht einzelner lokaler Situationen, sondern was die verschiedenen Facetten des Problemfeldes betrifft. Ich habe vor, über vier Punkte zu sprechen, ganz kurz über Konzepte des Rechtsextremismus, dann im engeren Sinne über den politischen Rechtsextremismus. Sie sprachen das an, da verstehe ich vor allem NPD, DVU und wirklich politisch aktive Gruppen im Lande. Dann natürlich über rechte Gewalt und rechtsextreme Jugendszenen und schließlich auch über Einstellungen und Haltungen.

Das erste, worauf ich kurz eingehen möchte, ist die Tatsache, dass das Konzept Rechtsextremismus, also das, was wir unter Rechtsextremismus verstehen, bei verschiedenen Institutionen und verschiedenen Akteursgruppen unterschiedlich ist. Um das deutlich zu machen: Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz das Wort Rechtsextremismus verwendet, dann in einem anderen Sinne, als wenn die Antifa in Berlin oder in Potsdam über Rechtsextremismus spricht. Das meine ich, wenn ich sage, es gibt unterschiedliche Konzepte von Rechtsextremismus, also unterschiedliche Vorstellungen, was eigentlich zu diesem Feld, zu diesem Phänomen, zu diesem Problemfeld dazugehört.

1 Rechtsextremismuskonzepte

Polizei/ Verfassungsschutz

Politik/ Pädagogische Professionen

Zivilgesellschaft/ Publizistik

Ich habe drei Gruppen mit jeweils zwei prominenten Vertretern hier aufgeführt. Polizei und Verfassungsschutz, die haben den engsten Begriff von Rechtsextremismus. Für die Polizei ist natürlich nur das relevant, nur das eigentliche Arbeitsfeld, was strafbar ist. Das ist auch gut so. Die Polizei muss sich natürlich an gesetzliche Grundlagen halten, ebenso der Verfassungsschutz. Beim Verfassungsschutz ist das Entscheidende, dass er natürlich nur Bestrebungen beobachten darf, die tatsächlich den Anschein oder den Anlass dafür bieten, anzunehmen, dass es sich um verfassungswidrige Bestrebungen handelt. Um es ganz deutlich zu sagen, der Verfassungsschutz ist keine Gedankenpolizei, und wenn ich nachher im vierten Teil etwas zu Einstellungen sage, zu Meinungen, zu Gedanken, dann ist das nicht das Feld, mit dem sich der Verfassungsschutz zu beschäftigen hat, und das ist auch gut so, weil der Verfassungsschutz eben für politische Aktivisten zuständig ist, deren Tun, deren Stärke, deren Finanzierung etc. zu beobachten.

Die zweite Gruppe, die hab ich hier mit Politik und pädagogische Profession beschrieben, zweite Gruppe ein erweiterter Rechtsextremismusbegriff, auch etwas unschärfer als bei der ersten Gruppe. Natürlich auch die Politik spricht über Rechtsextremismus, hat dann natürlich das im Blick, NPD, DVU, aber dann auch sozusagen Grauzonen, Übergänge, immer auch schon mal wieder Haltungen und Mentalitäten in der Bevölkerung. Das gilt natürlich auch für das Lehrer- bzw. Lehrerinnenpersonal oder für Sozialpädagogen. Da wird ein weiteres Feld dem Rechtsextremismus zugeordnet.

Und schließlich die dritte Gruppe, Zivilgesellschaft, da denke ich vor allem an freie Träger. Ein markantes Beispiel ist sicher die Antifa oder andere Einrichtungen, die rechtsextreme Übergriffe und rechte Gewalt dokumentieren. Da ist ein sehr weites Konzept von Rechtsextremismus vorhanden, da wird also sehr viel eingerechnet, eben auch - Sie hatten das angesprochen - auch ausländerfeindliche Haltungen. Das ist für den Verfassungsschutz kein Thema. Wenn jemand ausländerfeindlich ist oder eine Skepsis hat gegen die bisherige Integrationspolitik, dann ist das für den Verfassungsschutz kein Thema, aber von manchen der zivilgesellschaftlichen Kräfte, der freien Träger wird er dann, wenn er entsprechende Formulierungen verwendet, eben auch zum Feld des Rechtsextremismus gerechnet.

2 Politischer Rechtsextremismus

Parteien

- DVU (2006: 280)
- NPD (2006: 230)

„Freie Kräfte“

- Kameradschaften
- Nicht verfasste Zusammenschlüsse
- Organisationen
- 2006: ca. 320

Politischer Rechtsextremismus im engeren Sinne, das sind v.a. die beiden Parteien NPD und DVU, die sogenannten Republikaner spielen zur Zeit keine große Rolle. Ich hab hier in Klammern die Mitgliederzahlen, dabei stütze ich mich auf die Zahlen des Verfassungsschutzes, angeführt. Freie Kräfte in Anführungszeichen, frei insofern, als es da um parteiunabhängige oder außerhalb der rechtsextremen Parteien sich bewegende Gruppen geht, die sogenannten Kameradschaften, auch Zusammenschlüsse, die sich keine Rechtsform geben, sondern die sich kennen und in einem bestimmten Sinn zusammengehen, das alles gehört zu diesen sogenannten freien Kräften. Das sind also nach Verfassungsschutzangaben etwa 320 Personen, die man für das Jahr 2006 genannt hat.

Ich betone besonders, dass es sich dabei um wirklich politischen Rechtsextremismus handelt im Sinne, wie das Udo Voigt, der Bundesvorsitzende der NPD formuliert hat. Voigt sagt ganz klar, ich zitiere ihn: „Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt hat.“ Und die Strategie benennt er auch klar, dies geht offensichtlich auch über die Wahlurnen. Politischer Rechtsextremismus heißt, es sind Leute, die in der Lage sind und willens sind, gegen die bestehende politisch-rechtliche Ordnung zu kämpfen und die diese Ordnung durch eine andere Ordnung ersetzen wollen. Wenn man als Kriterium die Bereitschaft nimmt, wie man heute so schön sagt, „Verantwortung zu übernehmen“, wenn man die verwenden will, dann sind das solche Leute. Und solche Leute wie Voigt sind auch im Stande, tatsächlich Verantwortung auch zu übernehmen.

Wenn Sie nachher auf das Feld der rechten Gewalt schauen und vielleicht selbst mit Gewalttätern in irgendeiner Weise, sei es direkt oder indirekt, mal zu tun hatten, dann wissen Sie, dass ein Teil dieser Feld-,

Die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, aber wirbt seit Jahren mit dem Spruch: „Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler“. Sie fordern offen den Umsturz?

Voigt: Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.

Bitte?

Voigt: Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.

Widersprechen Sie, wenn man da feststellt, daß die NPD zu Recht vom Verfassungsschutz verfolgt wird?

Voigt: Nein, im Grunde ist diese Beobachtung der NPD aus Sicht der Vasallenstaaten nachvollziehbar. Jedoch nur unter der Voraussetzung der Wahrung der eigenen ethischen und rechtlichen Grundsätze. Das aber ist nicht der Fall. Tatsächlich wird das Grundgesetz mit grundgesetzwidrigen Mitteln „verteidigt“. Das ist ein Skandal.

Interview mit Udo Voigt, In: Junge Freiheit 19 (2004), Nr. 40, 24.9.2004

Wald- und Wiesencliquen alles andere als im Stande ist, Verantwortung zu übernehmen oder gezielt gegen eine politische Ordnung anzugehen. Aber politischer Rechtsextremismus, so wie ich das Wort verwende, das sind Leute, die gezielt und strategisch darauf hinarbeiten, in dem Fall über die Wahlurne, die bestehende Ordnung nicht nur zu kritisieren, was vollkommen legal wäre, sondern sie wollen tatsächlich eine andere gesellschaftlich-staatliche Ordnung.

NPD-Parteiprogramm (1997)



Parteiprogramm 

1. Grundlage des Staates ist das Volk

Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen. Deswegen trägt der Staat, dessen Aufgabe der Schutz der Menschenwürde ist, Verantwortung für das Volk.

Die Völker sind die Träger der Kulturen. Völker unterscheiden sich durch Sprache, Herkunft, geschichtliche Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und ihr Bewußtsein. Ihrer kulturellen Eigenart werden sich die Völker besonders dann und dort bewußt, wo diese gefährdet ist. Die Erhaltung der Völker dient der Erhaltung der Kultur. Bloße Gesellschaften entwickeln keine Kultur, sondern bestenfalls eine Zivilisation, deren höchster Wert materiell ist. „Multikulturelle“ Gesellschaften sind in Wirklichkeit kulturlose Gesellschaften. Die Vielfalt der Völker muß erhalten bleiben.

Die politische Organisationform eines Volkes ist der Nationalstaat, in dem ein Volk seine Werte pflegt, seine Sicherheit gewährleistet, seine Zukunft sichert und die

Zur Illustration: Das Parteiprogramm der NPD, wo völlig ausdrücklich und klar gesagt wird, die elementare und höchste Würde kommt nicht der einzelnen Person zu, sondern dem homogenen Volk, also dem völkisch verstandenen Volk. Das ist sozusagen eine Kriegserklärung, eine Feinderklärung an die bestehende Ordnung.

Kernelemente der Verfassung

Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Brandenburg, § 4, Abs. 3

- (3) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:
1. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte,
 2. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 3. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 4. das Recht auf die Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 5. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 6. die Unabhängigkeit der Gerichte und
 7. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Wenn man das ein bisschen ausdifferenzieren will, muss man sagen, die sieben Essentials, die eben für den Verfassungsschutz maßgeblich sind, wenn man gefragt wird, was an der Verfassung hat er eigentlich zu schützen, gibt es sieben Essentials, die hier im Gesetz über den Verfassungsschutz aufgeführt sind, gegen diese sieben Essentials etwa wie das Recht auf Menschenrechte oder Unabhängigkeit der Gerichte, andere Essentials, gegen diese elementaren Bestandteile der existierenden politisch-rechtlichen Ordnung macht der politische Rechtsextremismus mobil. Das ist, glaube ich, sozusagen ein Merkposten, dass man sich in dem großen Feld des Rechtsextremismus, in diesem Containerbegriff ein bisschen Etagensortierung vornimmt und doch deutlich unterscheidet zwischen den Leuten, die irgendwie mit irgendwas nicht zufrieden sind, die gibt es immer, und den Leuten, die tatsächlich aktiv dann daraus den politischen Kampf entwickeln.

3. Rechte Gewalt in den Bundesländern

Ich bin damit auch schon relativ rasch jetzt beim dritten Thema, vielleicht können wir in der Diskussion dann ein bisschen auch drauf eingehen, was jetzt die Strategien der NPD aktuell sind. Wir haben das Feld der rechten Gewalt. Rechte Gewalt ist ein terminologischer Begriff, den die Polizei, genauer der Staatsschutz verwendet. Rechte Gewalt umfasst einerseits die Gewalttaten, die im Zuge der Verfolgung dieser verfassungswidrigen Ziele begangen werden, also im Sinne einer Veränderung der Ordnung, eines Umsturzes, einer Verfassungsfeindlichkeit, aber die Gruppe der als rechten Gewalt bezeichneten Straftaten umfasst auch Straftaten, die nicht in dem Sinne politisch zielgerichtet angelegt sind, sondern die aus Gruppenfeindschaft heraus begangen werden, also wenn rechtsextrem Orientierte Farbige überfallen, vermeintliche oder tatsächliche Asylbewerber oder wenn Rechtsextreme linke Jugendliche oder überhaupt Jugendkulturen überfallen, die eben

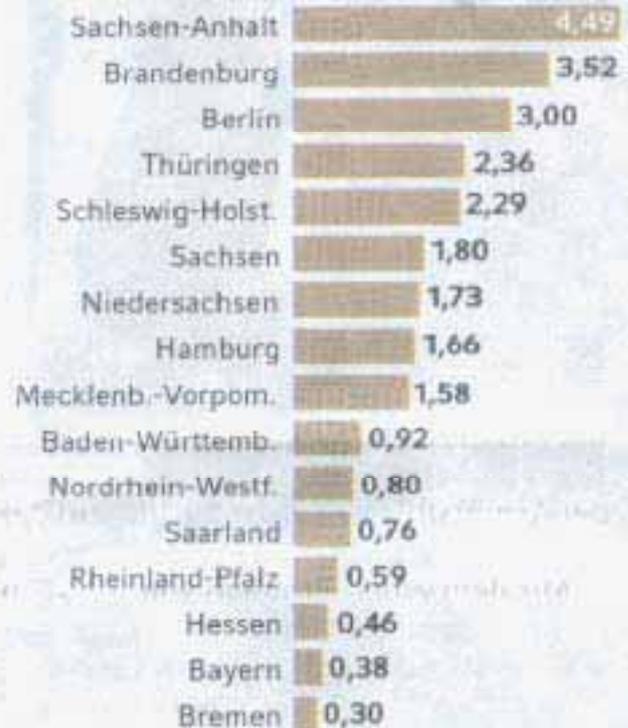
nicht mit ihnen übereinstimmen und einfach einen anderen Stil praktizieren. Das alles gehört zu der Gruppe der rechten Gewalttaten, das ist eine relativ große Gruppe von Straftaten, die da reingerechnet wird, und sie sehen bei dem Bild, das jetzt gerade an der Wand ist, dass Brandenburg, bezogen jeweils auf 100.000 Einwohner, da leider an der zweiten Stelle bundesweit liegt. Das ist also 2006 rechte Gewalt.

Wenn wir uns nun die rechte Gewalt im Zeitverlauf anschauen, das sind jetzt hier zwei Linien, die obere Linie zeigt die Entwicklung der rechten Gewalt bundesweit, Fallzahlen, absolute Zahlen also. Und Sie sehen die untere Linie, das Land Brandenburg, jeweils die Jahre 2001 bis 2006. Sie sehen, es ist eine hohe Zahl von Gewalttaten, aber es ist keine lineare, keine einlinige Entwicklung. Es geht jetzt weder nur nach oben oder nur nach unten, es schwankt. Im Jahr 2006 sind die Zahlen in Brandenburg wieder etwas gesunken, was jetzt nicht heißt, dass das Problem beseitigt wäre, es sind immer noch 90 Fälle von rechter Gewalt, die allein von der Polizei registriert wurden.

Rechte Gewalttaten

Politisch motivierte Kriminalität

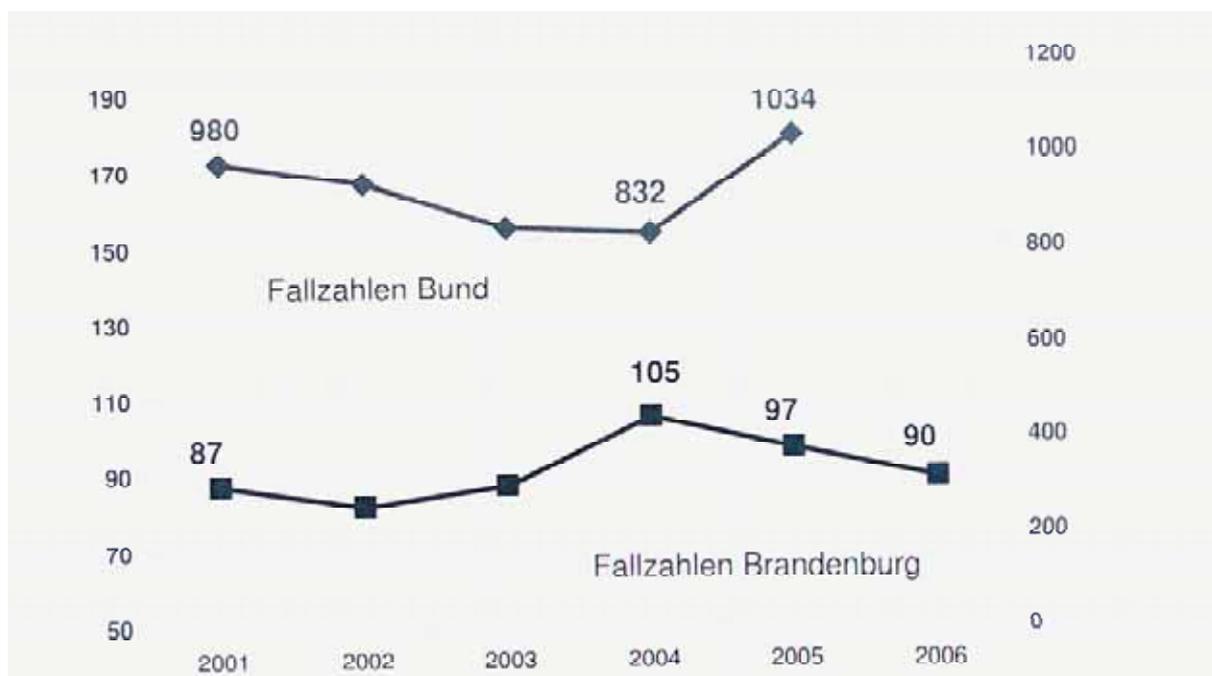
Fälle pro 100.000 Einwohner (2006)



Quelle: Verfassungsschutzbericht 2006

FR-InfoGrafik

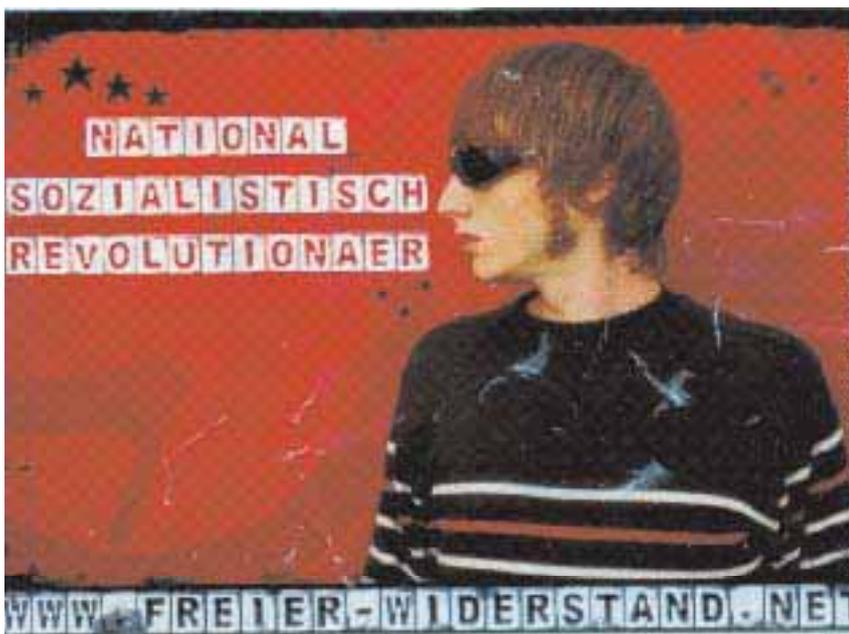
Rechte Gewalt im Bund und in Brandenburg 2001-2006



Das ist das polizeiliche Hellfeld, wenn Sie mit dem Feld insgesamt vertraut sind, wissen Sie, dass auch freie Träger, etwa der Verein Opferperspektive, Statistiken führt und die Fallzahlen, die diese freien Träger publizieren, erheben und verarbeiten, die sind z. T. doch auch deutlich höher, z. T. liegt es auch daran, dass die Kriterien andere sind. Aber auf jeden Fall wird von den freien Trägern in aller Regel eine höhere Fallzahl genannt. Außerdem sind tatsächlich die Kriterien zwischen freien Trägern und der Polizei nicht einheitlich. Das ist also, damit man ein Bild hat, wenn das Innenministerium oder andere da mit einer gewissen Erleichterung bemerkt haben, dass die Zahlen ja am Sinken seien, ist das erst mal richtig, aber es sind immer noch Größenordnungen, die wirklich nicht zu vernachlässigen sind. Das Problem ist nicht wesentlich reduziert bis jetzt, vielleicht gerade mal geringer geworden; ob das wirklich ein Trend ist, das kann man natürlich nicht sagen, wenn sich da zwei Jahre hintereinander die Fallzahlen um sieben reduziert, dann ist das kein wirklich belastbarer Befund, um zu sagen, da hat eine Trendwende stattgefunden.

Ja, das ist ein kurzer Einblick in die Entwicklung des Feldes rechte Gewalt. Ich möchte darauf hinweisen, dass natürlich die Urheber rechter Gewalt nicht identisch sind, auch nur teilentstimmig sind mit denen, die wirklich zum politischen Rechtsextremismus gehören. So Leute wie Udo Voigt oder Klaus Beier, der Bundespressesprecher oder Stella Palau, die jetzt häufig in der Presse war, das sind nicht Personen, die jetzt mit Gewalttaten auffallen und sich damit strategische Nachteile verschaffen würden. Das sind schon unterschiedliche Akteursgruppen. Bei den Gewalttaten sind es auch - unabhängig, ob es politische oder unpolitische Gewalttaten sind - sind es immer die jungen Männer zwischen 14 und 25 Jahren, das ist die Gruppe, die auch unpolitisch mit Gewaltvorfällen natürlich viel stärker auffällt als die 65jährigen Frauen, das liegt sozusagen in der Natur der Sache und der Impulsivität des Jugendalters. Man muss das aber wissen, dass man, wie gesagt, den großen Containerbegriff Rechtsextremismus jetzt nicht umstandslos verrechnet mit dem Problem rechter Gewalt; da ist tatsächlich rechte Gewalt ein Jugendproblem, ohne dass damit gesagt wird, dass der Rechtsextremismus insgesamt nur ein Jugendproblem ist.

Modernisiertes äußeres Auftreten

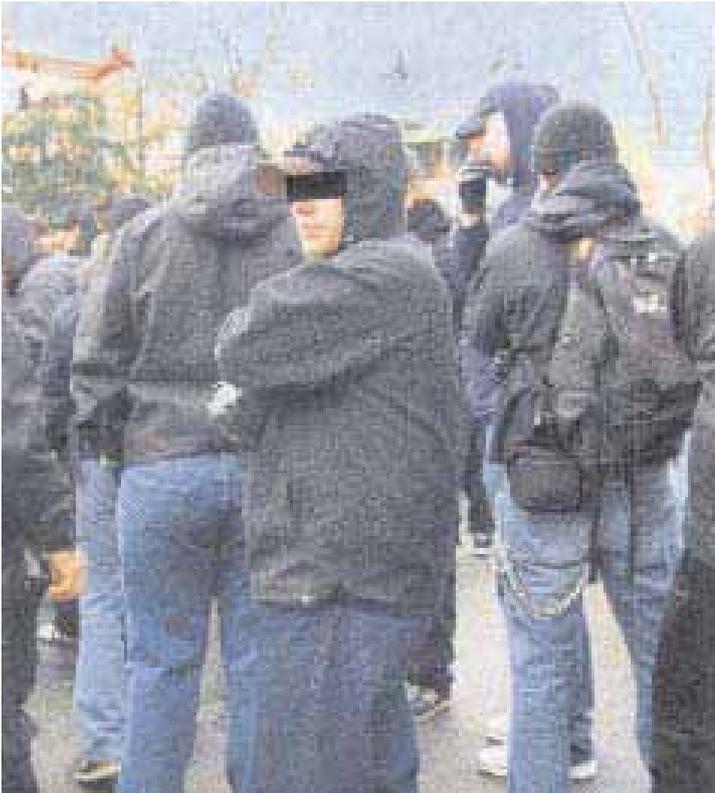


Aufkleber, Oktober 2006,
Berlin-Schöneberg

Rechte Gewalt, rechtsextreme Jugendszenen, Sie kennen die Bilder aus den 90er Jahren,

Glatzenträger, schwere Stiefel, Skinhead-Montur, das gibt es nach wie vor, das hab ich Ihnen jetzt nicht ins Bild gesetzt, aber es gibt ein modernisiertes äußeres Auftreten, sportives Auftreten, auch ein Auftreten - das nächste Bild zeigt es - wo Sie gar nicht mehr entscheiden können vom Äußeren her, ist das jetzt jemand, der eher links, ist das jemand, der sein Wochenende sportiv in Berlin verbringt, oder ist das jemand, der tatsächlich sich selbst als autonomen Nationalisten bezeichnet.

Rechtsextreme Jugendszene

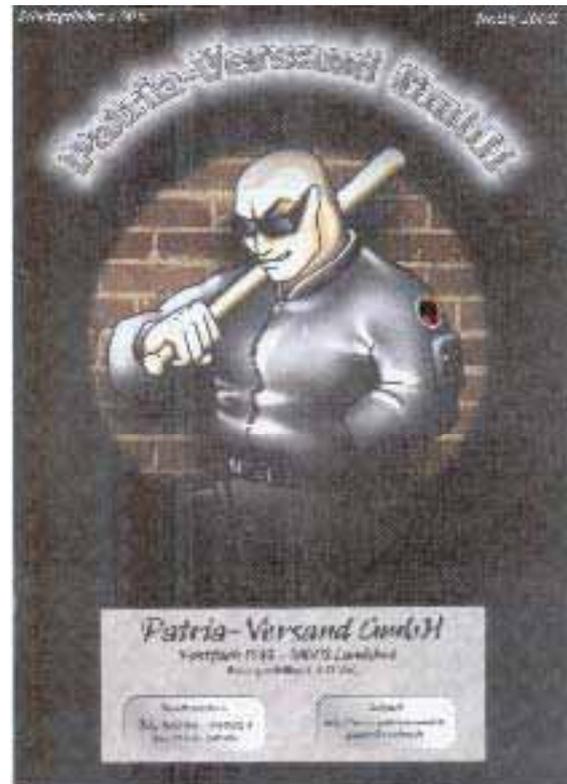


„Autonome Nationalisten Berlin“
„Die Welt“, 26.5.2006, S. 34

Also, die Verlässlichkeit der äußeren Erscheinung ist passé. Sie finden nach wie vor die Glatzen, natürlich, aber darauf darf man sich nicht verlassen wie auf die Abbildungen in einem botanischen Bestimmungsbuch, mit dem Sie durch den Wald gehen und sagen, na ja, hier haben wir eine Glatze, das heißt jetzt „Rechtsextremismus“ - so wie man Steinpilze und Schmetterlingsblütler identifiziert. Also das funktioniert nicht. Diese Zeiten, die sind vorbei, und diese Bilder demonstrieren das ein bisschen.

Die Dimension der Jugendszenen, das ist etwas, was jetzt historisch gesehen relativ neu ist, von heute aus gesehen, das haben wir schon seit über 10 Jahren, dass wir eine stabile rechtsextreme Jugendszene haben, d. h. es ist innerhalb der Jugendlichen oder Jungerwachsenen, auch der heranwachsenden Bevölkerung tatsächlich nicht mehr so, wie das in der alten Bundesrepublik lange Jahrzehnte war, dass Linkssein irgendwie cool ist, lange Zeit war es nicht so, dass Rechtssein cool war, jetzt ist es so, für manchen ist das tatsächliche eine attraktive Art sich darzustellen. Das wird unterstützt, gefördert natürlich auch, da verdienen auch viele dran.

Kataloge des rechtsextremen Versandhandels



Zwei Kataloge des rechtsextremen Versandhandels zeigen das. Da wird ein bestimmtes Image - wie in jeder Werbung - aufgebaut, da werden CD verkauft, da werden sogenannte Bekenntnis-T-Shirts oder T-Hemden, wie die gerne sagen, verkauft, da wird Wandschmuck verkauft, auch ein bisschen Haushaltszubehör, Schmuck usw. also man kann tatsächlich so einen bestimmten rechtsextrem orientierten Lifestyle sich im Versandhandel oder eben auch in einschlägigen Ladengeschäften kaufen. Das ist, wenn man es in einem Großzeitvergleich darstellt, etwas, was historisch neu ist, das gibt es tatsächlich erst seit 15 Jahren etwa. Vorher hatten wir in der alten Bundesrepublik auch rechtsextreme Jugendliche, aber die waren sehr darauf bedacht, eher uniformiert aufzutreten, eher als sehr diszipliniert, soldatisch, in den Kategorien also sich zu bewegen, auch in Wehrsportgruppen etc. Jetzt haben wir eine Öffnung des Feldes, und es ist für einen Teil der jungen Generation attraktiv, sich in dieser Weise auszustaffieren, diese Musik zu hören und manchmal eben sich auch öffentlich sichtbar irgendwie da zuzuordnen. Also so viel zu dem Thema „rechte Gewalt und Jugendszenen“. Ich hab versucht, immer mal wieder rauszufinden, ob es Zahlen gibt, wie groß man diese Jugendszene, wie man die taxieren kann, wie viel Prozent von jungen Leuten, die sich da irgendwie zurechnen. Das ist sehr schwer, die Zahlen sind alt und sind dann immer nur Teiluntersuchungen, die irgendwie hochgerechnet werden. Ich meine, eine Zahl so zwischen 10 und 14 %, die sich da irgendwie in dem Umfeld bewegen, ist nicht ganz unrealistisch, aber ich will mich da nicht festlegen. Das ist nicht so, dass es nur diejenigen sind, die wirklich ganz hart rechtsextrem eingestellt sind in diesem Umfeld, das macht eben das Jugendkulturelle aus, bewegen sich auch viele, die das erst mal interessant finden, die da auch gleich wieder rausgehen. Insofern ist die Zahl dann schon größer als die Zahl der rechtsextrem Eingestellten, auf die ich dann nachher noch mal eingehen werde.

4 Die sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters

- 1 Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- 2 Chauvinismus
- 3 Antisemitismus
- 4 Ausländerfeindlichkeit
- 5 Sozialdarwinismus
- 6 Verharmlosung des Nationalsozialismus

Ja, und damit zum Abschnitt 4 „Rechtsextreme Einstellungen“, das ist in der Wissenschaft jedenfalls relativ streng definiert. Man sagt in der Sozialforschung, es müssen sechs Dimensionen, die hier aufgeführt, müssen stark ausgeprägt sein, und erst, wenn eine befragte Person in allen diesen 6 Dimensionen starke Werte hat, dann spricht man in der Wissenschaft vom Vorhandensein eines rechtsextremen Einstellungsmusters. Diese sechs Dimensionen sind unheimlich mehr oder weniger nachvollziehbar, methodisch kann man da einiges kritisieren, aber das ist hier nicht der Ort, um das zu tun. Wenn jemand eine rechtsgerichtete Diktatur, ein autoritäres System im starken Maße befürwortet, ist das die erste Bedingung, wenn er oder sie chauvinistisch, also deutlich über nationalen Patriotismus hinausgeht. Wenn jemand in der Richtung starke Äußerungen tut in der Befragung, dann erfüllt er die zweite Bedingung, und so geht es weiter, eine stabile Jugendfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, auch die fünfte Vorstellung, das Leben sei ein Kampf und es sei ethisch gerechtfertigt, mit Ellbogen zu arbeiten, auf jede Art von Solidarität zu verzichten, ist die fünfte Bedingung, und die sechste Bedingung hat dann mit dem Sonderfall der deutschen Geschichte zu tun, das ist dann eine Definition, die für Frankreich vielleicht nicht so eine große Rolle spielt, wenn jemand die Verbrechen an den Juden kleinredet, leugnet, verharmlost, dann wäre das die 6. Bedingung. Innerhalb der Wissenschaft, wenn jemand „nur“ ausländerkritisch, ausländerfeindlich ist und in den anderen Dimensionen Mittelwerte hat, eine geringe Ausprägung, dann gilt er jedenfalls in der wissenschaftlichen Terminologie nicht als jemand, der rechtsextrem eingestellt ist. Das sind aber Sprachregelungen, man muss das nur wissen, häufig werden Ergebnisse publiziert, etwa zu einem starken Nationalbewusstsein, und dann wird umstandslos so getan, als sei das das Gleiche wie eine Gegnerschaft, eine aktive Gegnerschaft zum Verfassungssystem. Das ist dann einfach ein bisschen undifferenziert gedacht.

Einstellungen, Haltungen

- Allgemeine Erhebungen:
Stöss/ Niedermayer 2005
- Jugenderhebungen:
Sturzbecher 2006

Ja, das also jedenfalls mal zu den rechtsextremen Einstellungen. Ich hab mir zwei neuere Sachen angeschaut. Meines Wissens ist die letzte Erhebung, die für das Land Brandenburg relevant ist zur erwachsenen Bevölkerung die Untersuchung von Stöss/ Niedermayer aus dem Jahr 2005, das ist also auch nicht mehr so ganz tafrisch, weil die Erhebungsphase aus dem Jahr 2004 ist, 2005 wurde sie veröffentlicht, während die letzte Studie zu jungen Leuten wirklich frischer ist, die ist im letzten Jahr von dem Institut von Herrn Sturzbecher erhoben worden. Da will ich ganz kurz zu den beiden Studien etwas sagen.

Stöss/ Niedermayer 2005

Bevölkerung ab 18 Jahren:

Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg
insgesamt: 12 %

Äußerer Entwicklungsraum: 13 %

Engerer Verflechtungsraum 9 %

Stöss/ Niedermayer kommt zu dem Ergebnis, hinsichtlich der wahlberechtigten Bevölkerung, also 18 plus, zu dem Ergebnis, dass insgesamt 12 % dieser erwachsenen Bevölkerung in Brandenburg das Kriterium der rechtsextremen Einstellung erfüllt, wie ich das vorher erläutert hatte, und sie machen eine gewisse geografische Differenzierung auf und sagen, also in dem sogenannten

engeren Verflechtungsraum, andere sagen etwa Speckgürtel dazu, dort seien es 9 %, und wenn es einen Speckgürtel gibt, dann gibt es auch einen Magergürtel, der ist dann weiter draußen, da sind es dann 13 %. Also, das ist so eine Maßzahl, wie gesagt, wie verlässlich das dann ist, ist noch mal eine methodische Frage, aber es sind keine 50 %, es sind allerdings auch keine 5 %. Vielleicht ist das das, was man daraus lernen kann. Mit anderen Methoden wären es vielleicht 14 %, es ist irgendwas um 12 bis 15 %. Es ist eine Hausnummer, die man damit hat, um das Ausmaß dieses Problems aus der Warte der Einstellungsforschung zu betrachten.

Sturzbecher 2006

Junge Leute zwischen 12 und 20 Jahren:

Rechtsextremistische Statements

Ausländerfeindliche Statements

Antisemitismus: Verantwortungsabwehr

Die Studie von Sturzbecher und seinem Team hat jetzt nicht die über 18jährigen, sondern die jungen Leute zwischen 12 und 20 befragt, wie gesagt im Jahr 2006, und was ich jetzt im folgenden kurz auch an die Wand werfen will, sind 3 Dimensionen. Das eine sind die von Sturzbecher sogenannten rechtsextremistischen Statements (Tabelle Seite 16), dann kommen dezidiert „nur“ ausländerfeindliche Statements (Tabelle Seite 18) und dann kommen Statements zu Antisemitismus, und zwar im Hinblick auf die Verantwortung Deutschlands oder der jetzt lebenden Generation für die Verbrechen des Nationsozialismus, und da steht eben auch „Verantwortungsabwehr“, also es geht um die Verbrechen an den Juden während der Nazi-Zeit.

Diese Tabellen sind jetzt insgesamt natürlich nicht schnell erfassbar. Ich möchte Sie aufmerksam machen auf den Sachverhalt, dass diese Studie das Messjahr 1999 mit dem Messjahr 2005 vergleicht, es sind also immer zwei Spalten zu beachten. Und wenn wir uns jetzt anschauen, wie haben junge Leute auf rechtsextremistische Aussagen in der Befragung geantwortet, dann haben wir das erst mal erfreuliche Ergebnis, wenn man auf die erste Zeile schaut, dass 1999 sagen wir mal 41 % rechtsextreme Statements komplett abgelehnt hatten, diese Zahl ist jetzt bei der letzten Untersuchung erfreulicherweise gestiegen, das sind jetzt über die Hälfte, also rund 50, 51 %. Das ist erst mal eine doch eigentlich angenehme Zahl. Es ist immer die Frage, setzt sich das als Trend fort? Wenn man also in drei oder vier Jahren wieder so eine Untersuchung macht, dann erst kann man sagen, ob sich da etwas nachhaltig verändert hat, jetzt ist es eigentlich auch mehr eine Punktaufnahme. Aber auch auf der anderen Seite, nämlich bei der Frage, wenn Sie jetzt ganz rechts schauen, wie viel Prozent der jungen Leute befürworten rechtsextreme Statements voll und ganz. Völlig befürwortet im Jahr 1999 sind das über 3 %, das ist sozusagen ein harter Kern von über 3 %, die sagen, wir sind damit voll und ganz einverstanden.

Rechtsextremistische Statements

Rechtsextremistische Statements 1999 und 2005 (in Prozent)

	Rechtsextremistische Statements werden ...							
	... völlig abgelehnt		... tendenziell abgelehnt		... tendenziell befürwortet		... völlig befürwortet	
	1999	2005	1999	2005	1999	2005	1999	2005
Gesamt	41,5	51,9	38,1	34,4	17,3	10,9	3,2	2,8
Jungen	32,5	43,5	40,5	38,1	21,6	13,8	5,4	4,6
Mädchen	51,0	60,5	35,5	30,6	12,7	7,9	0,8	1,0
Oberschule ¹	29,1	37,0	42,2	41,8	23,7	16,9	5,0	4,3
Gymnasium	60,2	69,3	32,5	24,2	7,1	5,7	0,2	0,8
Oberstufenzentrum	42,0	52,0	37,9	35,7	16,9	9,1	3,3	3,2

¹inkl. Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

Und im Jahr 2005 hat sich das etwas reduziert, unter 3 %, das ist eher eine positive Information, dass sich das jetzt nicht weiter radikalisiert. Wie gesagt, Sie merken selbst, zwischen 3,2 und 2,8, das ist nun wirklich kein großer Unterschied, deshalb würde ich das alles mit Vorsicht genießen, aber es ist jedenfalls auf der Seite, wo es um die Ablehnung geht, ist tatsächlich, kann man sagen, ein 10-Prozent-Schritt beobachtet worden. Man muss warten, ob das so weitergeht. Die anderen Zahlen lass ich jetzt weg, ob sich das differenziert nach jungen Frauen und Männern, das ist jetzt vielleicht nicht so interessant.

Zwischenfrage: Bei den Gymnasien gibt es einen Wahnsinnsprung von 0,2%, die das völlig befürworten, auf 0,8%, das ist ja eine Vervierfachung! Ist das auch mal untersucht worden? Wieso das so ist, weil man diesen Leuten doch eigentlich unterstellt, dass sie Intellekt haben?

Antwort: Das ist mir jetzt nicht präsent, dass es in der Studie dazu direkt noch weitere Ausführungen gibt, also Sie sehen es richtig, es ist differenziert nach Schulformen, und ich hab mich jetzt nur auf die Gesamtsummen bezogen. Man kann das natürlich so interpretieren, dass es offensichtlich eine relativ stärkere gedankliche Beschäftigung auch in Gymnasien mit diesen Themen gibt, also eine Intellektualisierung stattfindet. Es ist vielleicht eben auch nicht so ganz richtig, dass es nur ein Problem von bildungsarmen Schichten ist, sondern es gibt natürlich Rechtsextreme, wenn Sie die Zahlen anschauen, ein sehr kleiner Teil, aber es gibt offensichtlich auch in Gymnasien junge Leute, die sich bewusst damit befassen und dann auch das sich zu eigen machen.

Zwischenfrage: Ich sehe die Gefahr, dass sich da eine Führungsriege entwickelt.

Antwort: Ja, das ist eine Zahl, die - wenn sie sich auf Dauer stabilisieren würde - intellektuelle Führerschaft in dem Bereich signalisiert. Wenn nicht interveniert wird oder wenn die selbst dann nicht aus anderen Gründen davon abkommen.

Was ich jetzt noch mal vorführen wollte, sind ähnliche - in meinen Augen auch - positive Ergebnisse dieser Studie. Bei den ausländerfeindlichen Statements (Tabelle S. 18) hat sich auch, nehmen Sie die 1. Zeile, die völlige Ablehnung, erhöht, nicht so stark wie bei den Rechtsextremen insgesamt, da ist jetzt auch bei der Befürwortung eine Abnahme da, aber der Hinweis von Ihnen wird hier auch wieder bestätigt, dass sich der Anteil derer an Gymnasien verdoppelt, von 1,2 auf 2,4. Kleine Ausgangswerte, aber in der Relation, ein Verdopplung ist eine Verdopplung. Und die Frage, wie stehen junge Leute zu der Verantwortung der heutigen lebenden Generation für die Verbrechen an den Juden, da sozusagen ist die Abwehr der Verantwortung zunehmend stärker abgelehnt worden, also das ist jetzt ein bisschen verklausuliert. Das heißt auf gut Deutsch: die Ablehnung der Verantwortung findet weniger Zustimmung als im Jahr 1999, das ist ein deutlicher Schritt, das sind ja fast 20 Prozentpunkte hier, und völlig befürwortet ist aufs Ganze die Sache auch zurückgegangen, also die Befürwortung der Verantwortungsabwehr, wenn Sie ganz rechts schauen in der Tabelle, das ist auch deutlich zurückgegangen. Also, das ist jedenfalls aus der Perspektive und mit den Werkzeugen der Jugendforschung des Sturzbecher-Institut jedenfalls das Neueste, was es für das Land Brandenburg gibt und was jetzt in Verbindung mit den etwas abgesunkenen Gewaltzahlen natürlich auch zur Kenntnis genommen werden muss, ohne dass das jetzt bedeutet, das Problem existiert nicht, aber unter Umständen sind es auch Erfolge der Zivilgesellschaft bzw. der staatlich unterstützenden Beratung gegen Rechtsextremismus wie etwa vom Mobilen Beratungsteam (MBT).

Ausländerfeindliche Statements

Ausländerfeindliche Statements 1999 und 2005 (in Prozent)

	Ausländerfeindliche Statements werden ...							
	... völlig abgelehnt		... tendenziell abgelehnt		... tendenziell befürwortet		... völlig befürwortet	
	1999	2005	1999	2005	1999	2005	1999	2005
Gesamt	33,2	38,6	32,4	33,8	23,9	19,3	10,5	8,3
Jungen	28,1	34,5	32,1	34,0	25,8	22,7	13,9	8,8
Mädchen	38,4	42,7	32,7	33,6	21,8	15,9	7,0	7,8
Oberschule ¹	26,4	32,2	29,6	33,3	28,7	23,5	15,3	11,0
Gymnasium	53,4	60,0	34,8	27,8	10,7	9,8	1,2	2,4
Oberstufenzentrum	20,8	26,5	35,7	39,7	30,9	23,2	12,6	10,6

¹inkl. Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe

Das ist erst mal das, was ich Ihnen insgesamt vorstellen wollte, die Unterscheidung des politischen Rechtsextremismus von anderen Dimensionen des Feldes. Die Frage nach Gewalt, dann die Frage nach den Einstellungen. Dann bedanke ich mich erst mal für Ihre Aufmerksamkeit und stehe jetzt gerne für Rückfragen zur Verfügung.

Frage: Zur Personengruppe 18 plus: Wie intensiv nimmt diese Gruppe die Möglichkeit der Wahlen in Anspruch? Weiß man das? Sind das dann eher Totalverweigerer in der Gesellschaft oder sagen die eher, wir müssen das jetzt auch bewusst durch die Wahl dokumentieren?

Antwort: Man hat immer bei diesen Daten auf einem hohen Abstraktionsniveau den Sachverhalt, dass man ein rechtsextremes Einstellungspotenzial hat, was 10, 15 % hat. Und wenn Sie das mit den Wahlergebnissen der entsprechenden rechtsextremen Parteien ins Verhältnis setzen, dann merken Sie, dass beileibe nicht alle keineswegs von diesen 10, 15 % tatsächlich rechtsextrem wählen. Wenn Sie die knapp über 5, 6 % jetzt DVU sich anschauen, dann ist das - vorausgesetzt, alle, die rechtsextrem eingestellt sind, haben tatsächlich gewählt -, dann ist das weniger als die Hälfte. Insofern ist m. E. die soziale Bedeutung, das Gefahrenmoment dieser Einstellungsgruppe nicht so hoch zu veranschlagen. Wenn ich sage, das sind die Leute ab 18, dann geht es wirklich von jungen Männern, die 18jährig unter Umständen auch an den Gewalttaten beteiligt sind, bis zu hochbetagten Senioren, die bestimmte Einstellungen haben, aber politisch überhaupt nicht aktiv sind. Sie haben ihre Haltung, und wenn sie gefragt werden, sagen sie das, aber sie sind eigentlich für das öffentliche Leben relativ neutral. Insofern muss man diese Zahl von 12 oder 15 % auch wieder ins Verhältnis setzen zu dem, was heißt das eigentlich in der Lebensbedeutung. Und da ist völlig unwidersprochen in der Forschung klar, dass rechtsextreme Parteien selbst von den Leuten, die rechtsextrem eingestellt sind, nur bedingt gewählt werden, weil man schlechte Erfahrungen mit den Mandatsträgern hat, ihnen bestimmte Aufgaben gar nicht zutraut, auch weiß, dass sie natürlich keine wirkliche Gestaltungsmehrheit im Parlament bekommen werden, so dass man dann sagt, o.k. ich bin vielleicht national eingestellt, aber ich wähle dann doch die SPD oder die CDU. Das lässt sich dann auch bei der Wahl zeigen, ein Großteil der rechtsextrem Eingestellten wählt etablierte demokratische Parteien.

Frage: Haben Sie Erkenntnisse, wie sich vermutlich das Verhältnis von DVU und NPD in den nächsten zwei Jahren in Brandenburg und deutschlandweit gestalten wird? Und noch eine Frage: Können Sie rechtsextreme Tendenzen momentan in andere Richtungen, also Fußballfans feststellen und gibt es dort engere Verbindungen als auf den ersten Blick zu erkennen ist?

Antwort: Die Erkenntnisse, die ich habe, stammen jetzt für den Bereich, den Sie ansprechen, aus den Daten des Verfassungsschutzes oder aus Beobachtungen, die Kollegen gemacht haben aus der Literatur. Ich hab da jetzt selbst nicht geforscht. Ich hab den Eindruck, dass die DVU ja in der Fläche gar nicht das Engagement aufbringt, aufbringen kann, wie das die NPD macht. Die NPD zeichnet sich ja z. Z. aus, dass sie mit dem Versuch eines hohen publizistischen Aufwandes Stützpunkte gründen, Ortsvereine, auch Kreisverbände versuchen zu reaktivieren. Und das immer möglichst schnell auch an die möglichst große Glocke hängen. D. h. die wollen tatsächlich in die Fläche gehen, ähnlich wie das in Sachsen aus der Sicht der NPD gelungen ist. Das macht die DVU nicht, das kann die DVU nicht. Und deshalb glaube ich, dass in der Absprache zwischen DVU und NPD hin oder her die DVU von der Dynamik, die die NPD tatsächlich hat innerhalb des rechtsextremen Feldes, doch

weggewischt, weggespült, dass da die Absprachen vermutlich nicht halten werden. Ich glaube, die NPD ist da im Moment, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin da ein bisschen am Durchstarten. Die DVU kommt da nicht mit. Also glaube ich, wird es zu Lasten der DVU ausgehen. Die werden dem nicht auf Dauer was entgegensetzen können, weil die DVU in dem Sinne ja ferngesteuert und von Frey aus München abhängig ist. Das ist mein Eindruck auf Grund dessen, was sind die lokalen Aktivitäten. Beispielsweise man hat ja auch Möglichkeiten, Informationen direkt zu bekommen. Ein Beispiel: Die DVU hat für heute eine Veranstaltung angesetzt. Wie immer kommen sie um 8:30 Uhr zum Alexanderplatz, Abholpunkt, holen sie ihre Leute mit einem Bus ab, und die werden dann zu einem Ort gefahren, zu einem Restaurant oder Lokal, wo dann ein Vortrag stattfindet, aber sie wissen vorher nicht, wo das sein wird. Das ist eher ein Modell, wo man sagt, wir haben Angst vor Gegenkräften, wir sind nicht territorial verankert, sondern wir ziehen dann doch eher den Schwanz ein. Also das ist mein Eindruck, was das Verhältnis angeht. Was jetzt Hooligans oder überhaupt Fußballfans, Rechtsextremismus angeht: Natürlich versuchen rechtsextreme Politaktivisten jedes Potenzial anzuzapfen, was eventuell für ihre Zwecke nützlich ist. Und sie versuchen auch, nicht nur Hooligans, sondern überhaupt Fußballfans der etwas groberen Sorte natürlich anzusprechen und ihre Slogans und dann Inhalte da unterzubringen. Die Frage ist dann die, ob sie damit auf Dauer Erfolg haben, aber dass das gesucht wird, das kann man beobachten, das ist so, und manchmal kommt es zu solchen Vorfällen wie in Altglienicke, wo die jüdischen Spieler stark beschimpft wurden und daraufhin das Spiel abgebrochen haben. Das geht natürlich nach hinten los, weil es dem Renommee des Ortes und des Vereins in der Öffentlichkeit schadet. Die gelten als Problemverein, die müssen behandelt werden, das macht negative Schlagzeilen. Aber versucht wird es, und natürlich gibt es auf der Ebene der Gewaltkultur wie den Hooligans eine Teilschiene. Hooligans sind erst mal nicht von sich aus politisch, die wollen auch kein System verändern, die wollen sich schlagen, aber die Slogans, das ist etwas, wo man anlocken kann. Ob das bei den Hooligans, die aus bürgerlichen Berufen kommen, auf Dauer greift, da bin ich selbst skeptisch, aber unter Umständen reicht es dann für einen bestimmten Slogan oder für ein bestimmtes Auftreten bei bestimmten Spielen.

Frage: Eine Frage zur Statistik der rechten Gewalttaten. Wie verlässlich sind diese Zahlen eigentlich? Sie hatten ja Auszüge aus der Polizeistatistik, aber dort sind ja nur die Zahlen drin, die zur Anzeige gekommen sind, also was ist mit denen, die nicht angezeigt wurden, gibt es da Zahlen?

Antwort: Na ja hier auf der Folie, das sind ja auch die Daten der Polizei. Das ist jetzt nur eine andere Darstellung, die den Vergleich der Bundesländer zeigt. Aber die geht ja rechnerisch auf die Zahlen der Polizei zurück. Wenn wir die polizeiliche Kriminalstatistik oder die PMK rechts, also politisch motivierte Kriminalität rechts anschauen von der Polizeistatistik, das ist, wie Sie richtig sagen, eine Dokumentation dessen, was die Polizei tut. Und das ist auch der wesentliche Zweck. Natürlich das, was polizeiliches Hellfeld ist, ist nie die Wirklichkeit über die Kriminalität in einer Gesellschaft. Das ist das, was die Polizei selbst ermittelt, selbst erfährt oder was angezeigt wird. Völlig richtig. Die polizeilichen Statistiken werden deshalb genommen, weil die kontinuierlich nach den gleichen Kriterien erstellt werden und weil sie bundeseinheitlich, jedenfalls von der Idee her, bundeseinheitlich geführt werden. Immer gibt es zum Hellfeld ein Dunkelfeld, immer, das ist definitionsgemäß so. Man kann sagen, das ist das absolute Minimum, was in dem Fall eine Rolle spielt. Und was darüber hinausgeht, ist als Dunkelfeld im Dunkeln. Man kann natürlich auch die Statistiken von einer Organisation wie der „Opferperspektive“ heranziehen, und wenn man sich

das genauer anschaut, merkt man, die arbeiten z. T. mit anderen Kriterien. Bei der Polizei heißt Gewaltdelikt tatsächlich „anfassen“, also physische Gewalt. Jetzt weiß man natürlich, Gewalt kann auch anders verstanden werden, das ist ja eine kluge Definition zu sagen, eine Bedrohung oder eine psychische Nötigung kann auch in eine Gewalt gefasst werden. Wenn das dann für die freien Träger ein Kriterium ist, dann weichen die Statistiken notwendigerweise voneinander ab, weil die einfach ein größeres Feld im Blick haben. Eben auch noch diese Nötigung, Drohung oder was auch immer da noch reinspielt. Also ich will die Sachen gar nicht gegeneinander ausspielen, ich will nur im Sinne der Sachhaltigkeit deutlich machen, diese freien Träger und die Polizei, die reden letztlich nicht über ein komplett identisches Feld, sondern die haben unterschiedliche Kriterien, und deshalb sind die Zahlen von den freien Trägern notwendigerweise höher. Der relative Nachteil ist, dass Sie natürlich, sagen wir mal in Brandenburg, in Berlin oder Mecklenburg solche Träger haben, aber wenn Sie jetzt bspw. ins Saarland gehen, da finden Sie vielleicht keine freien Träger, die eine kritische Statistik führen. Was soll ich dann sagen, es wird nicht so sein, dass da nichts passiert. Aber man hat dann nur die Polizei-Zahlen. Ich will nicht sagen, das ist die Wahrheit, innerhalb der Diskussion zur polizeilichen Kriminalstatistik gibt es von führenden Kriminologen immer den Hinweis darauf, die Polizeistatistik ist die Dokumentation dessen, was die Polizei tut. Die Polizei muss sich auch rechtfertigen, die muss ja zeigen, was machen wir, was sind die Aufklärungsquoten, das ist der Zweck der Polizeistatistik, nicht die Wahrheit über das Kriminalgeschehen in der Gesellschaft. Da muss dann noch anderes dazugepackt werden, das ist völlig richtig. Insofern ist das ein Notbehelf, aber wir haben in dem Feld sowieso nie die letzte und die ganze Wahrheit, sondern wir haben immer Perspektiven. Der Verfassungsschutz schaut ganz anders drauf als die Antifa, und ein kritischer Geschichtslehrer schaut anders drauf als die Polizei. Das gehört zu den Geschäftsgrundlagen, und auch die Zahlen vom Sturzbecher-Institut, das sind grobe Einschätzungen. Es ist eben ein Unterschied, ob jemand sagt, 50 % der Bevölkerung sind rechtsextrem eingestellt, oder ob man sagt, es sind 15 % - vielleicht sind es auch 18 %, aber eben glücklicherweise keine 75 %. Und das ist das einzige, was diese Zahlen leisten können.

Zur Arbeit der Mobilen Beratungsteams

Karin Dörre

MBT-Regionalbüro Angermünde

Schönen Dank. Ich freue mich, dass ich hier bei Ihnen sein kann. Ich bin gebeten worden, Ihnen etwas aus der Arbeit des Mobilen Beratungsteams zu erzählen. Einige von Ihnen kennen uns bereits aus gemeinsamer Arbeit.

Bevor ich aber jetzt zum MBT und zu unserem vor zwei Jahren gegründeten Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos komme, möchte ich eine kurze Ergänzung machen zur Frage zu den Sportverbänden. Mein Kollege Jürgen Lorenz und ich sind zuständig für die Landkreise Barnim und Uckermark. Auch bei uns in der Region gibt es aus rechtsextremen Kreisen das Bestreben, zu den Fans vorzudringen. Der Fußballverband in Eberswalde wurde z. B. gesponsert von der Firma des früheren Chefs des Märkischen Heimatschutzes. Die Web-Site ist inzwischen geändert. Mit Vertretern des Kreissportbundes sind wir zu Gesprächen verabredet. Es gibt auch Fälle, wo Vertreter einer Versicherungsfirma für Sportvereine als Sponsoren auftreten. Die Vita dieser Leute weist nicht selten Verbindungen zur rechtsextremen Szene auf.

Ein anderes Einfallstor, gerade wenn wir über den ländlichen Raum reden, ist z. B. auch die freiwillige Feuerwehr in den Dörfern. Uns hat mal ein Feuerwehrchef gesagt, er sei immer sehr besorgt, wenn die Kameraden der freiwilligen Feuerwehr besonders zackig auftreten.

Hier wachsam und sensibel zu sein, erscheint uns besonders wichtig, da gerade die Freiwilligen Feuerwehren mit hohem Engagement oftmals noch die einzigen sind, in denen Jugendarbeit auf dem Lande stattfindet.

Nun aber zum MBT. Das Mobile Beratungsteam wurde 1998 gegründet auf Initiative der damaligen Landesregierung unter Ministerpräsident Stolpe. Damals hat die Landesregierung offensiv Stellung bezogen und deutlich gesagt, dass das Land Brandenburg ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Rechtsextreme Gewalt und andere Straftaten traten gehäuft auf. Dem wollte die Landesregierung etwas entgegensetzen und entwickelte das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg. Dieses ist sicher den meisten von Ihnen bekannt. Dieses Handlungskonzept ist – bei allen Schwierigkeiten - einzigartig in der Bundesrepublik. Es benennt das Problem, um das es geht, klar und setzt an bei dem Anspruch, ministeriumsübergreifend zu arbeiten. So ist das MBT zwar angesiedelt beim Ministerium für Bildung, aber wir kooperieren bzw. sind immer darum bestrebt, dort wo es möglich und notwendig ist, die jeweiligen anderen Ministerien anzusprechen. Träger des Mobilen Beratungsteams ist der Verein Demokratie und Integration e.V., die frühere RAA. (Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule) Unter diesem Träger gibt es zwei Säulen. Die eine Säule sind die regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule. Die andere Säule ist das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung mit seinem Mobilen Beratungsteam. Die RAA ist insbesondere zuständig für den Bereich Schule. Die Regionalbüros des MBT sind zuständig für alles, was sich rankt um Demokratieentwicklung, Gemeinwesenentwicklung, insbesondere auch im ländlichen Raum, der hier schon mehrmals eine Rolle gespielt hat. Dabei geht es z. B. um die Beschreibung von Rechtsextremismus, Fortbildungen dazu, um die Entwicklung von Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten. Wir moderieren und begleiten die Prozesse vor Ort. Grundprinzip unserer Arbeit ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Wir gehen nicht in einen Ort und sagen, ihr habt hier ein Problem und haben dann etwa ein Rezept parat. Wir beraten dort, wo Menschen mit uns an ihrem Problem arbeiten möchten. Und das sind Prozesse, die oftmals einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Dabei sind wir Partner, Begleiter, Berater, die ein Stück des Wegs gemeinsam mit den Menschen vor Ort gehen, um ihnen behilflich zu sein.

Wir moderieren Zukunftswerkstätten. Wir unterstützen und begleiten Bürgerinitiativen und Netzwerke. Die Kollegin von den Nordbahngemeinden hat darüber ja schon etwas erzählt.

In der Uckermark versuchen jetzt Bürgerbündnisse dreier Städte, enger zusammenzurücken und zu kooperieren. Es geht um Argumentationstrainings, Milieubeschreibung, den Aufbau eines Informationspools. Auch hier gilt in unserer Beratung der Grundsatz Hilfe zur Selbsthilfe. Wir sind nicht die Überflieger, die alles besser wissen, sondern die wirklichen Fachleute sind die Menschen

vor Ort, mit denen wir gemeinsam versuchen, was zu entwickeln, sie zu beraten und zu vernetzen. Das MBT macht keine eigenen Projekte. Auch danach werden wir oft gefragt. Wir haben das große Glück, durch die Landesregierung ausfinanziert zu sein, was unsere Gehälter und bestimmte Mittel wie Fahrt- oder Bürokosten angeht. Insofern können wir uns ganz auf unsere Beratungstätigkeit konzentrieren. Projekte können wir beraten und begleiten, auch mit ihnen Ideen entwickeln. Und wir können Menschen dabei beraten, selbst ein Projekt zu entwickeln.

So, wie wir im Regionalbüro Angermünde als Frau-Mann-Team aufgestellt sind, gibt es noch weitere fünf Regionalbüros. Mit Ausnahme eines Standortes sind alle Büros quotiert. Das ist für die Beratungstätigkeit ein nicht unwesentlicher Aspekt.

In unserem Regionalbüro sind neben den beschriebenen Schwerpunkten besonders die außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen ein wichtiges Feld unserer Arbeit. Hier finden sich oftmals viele Jugendliche mit Brüchen in ihren Biografien, nicht wenige waren bereits straffällig, haben bereits eine Lehre abgebrochen. Sie betrachten ihre Ausbildung in solchen Bildungseinrichtungen oftmals als ihre letzte Chance. Die Einrichtungen sind zudem in vielerlei Hinsicht auch so etwas wie ein Durchlauferhitzer für Rechtsextremismus. Ein anderer Schwerpunkt in unserem Regionalbüro sind Unternehmen und Verwaltungen. Das hat folgenden Grund: Verwaltungen zählen zu den größten Arbeitgebern in den Kommunen. Die Verwaltungsangestellten wie auch die Beschäftigten der Unternehmen vor Ort wirken einerseits in ihren Verwaltungen bzw. Unternehmen, aber sie wirken auch in die Familien hinein. Sie wirken in ihr Wohngebiet hinein. Wir sind daran interessiert, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, mit ihnen bestimmte Themen zu debattieren, um von da aus weiter in die Gesellschaft zu wirken. Wir arbeiten da mit der Methode der Betriebs- und Dienstvereinbarungen für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung. Darüber gelingt es, Diskussionsprozesse anzuzetteln, die nicht mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung oder zuweilen auch mit der Unterzeichnung einer öffentlichen Erklärung zum Thema beendet sind. Das Entscheidende ist immer das, was zwischen den Menschen innerhalb der Unternehmen oder Verwaltung passiert, nämlich ein intensiver Austausch zu bestimmten Themen und Fragen. Z. B. können das Fragen sein wie: was ist Mobbing, was ist Diskriminierung, was nehmen wir hier vor Ort wahr, wie kommuniziert der Personalrat mit dem Bürgermeister, was können wir da anders oder besser gestalten. Das Bestechende dabei ist, dass einerseits Bewegung innerhalb der Verwaltung oder des Unternehmens entsteht, aber die Beschäftigten zugleich mit dem, was sie bewegt und was sie an ihrem Arbeitsort bewegen, auch nach außen wirken. Sie haben ja Kontakte nicht nur in ihre Familien hinein, sie haben Kontakte mit ihren Nachbarn, mit Gästen der Stadt, mit Menschen, die mit einem Anliegen in die Verwaltung kommen. Wir arbeiten z. B. schon seit längerem mit dem Personalrat der Stadtverwaltung in Prenzlau zusammen. Wir haben mit den Mitgliedern u. a. eine Zukunftswerkstatt durchgeführt. Hier ist viel passiert was die Auseinandersetzung mit politischen Themen betrifft wie auch die Kommunikation innerhalb des Personalrates und in die Verwaltung hinein.

Die Uckermark und der Barnim sind insbesondere durch den ländlichen Raum geprägt. Wir nehmen wahr, dass dieser auch für Rechtsextremisten als eine Rückzugsmöglichkeit und als Handlungsfeld immer attraktiver wird. Die Probleme in ländlichen Regionen wie das Wegbrechen staatlicher Strukturen, das Schulsterben, die Abwasserproblematik u. a. kennen Sie aus Ihrer Abgeordnetentätigkeit.

Die Menschen fühlen sich oft vergessen, abgehängt von der Politik. Hier setzt rechtsextreme Politik an.

Wie oft erleben wir in unserer Arbeit hoch motivierte und engagierte und gut ausgebildete Menschen, die in der xsten Arbeitsmaßnahme beschäftigt sind. Es macht uns immer wieder betroffen, zu erfahren, was diese Menschen alles in den letzten 16 Jahren an Entwertungen erfahren haben, was sie alles probiert haben und nicht aufgegeben haben. Aber es gibt eben auch jene, die sich selbst schon aufgeben haben bzw. für sich keine Chance mehr sehen. Wir sind bemüht, in den ländlichen Strukturen dabei zu helfen, eine andere Selbsthilfekultur miteinander zu entwickeln. Das ist im Dorf schwieriger als in den kleinen Städten. In den kleinen Städten gibt es feste Ansprechpartner, ob das jetzt in der Verwaltung ist oder auch in den Bürgerbündnissen, die sich unter einem gemeinsamen Thema gefunden haben. Im Dorf leben die Menschen in einer anderen Abhängigkeit zueinander. Da sind lange gewachsene Familienstrukturen, Feindschaften, Freundschaften, die man erkunden

muss. Und da ist vielleicht der Sohn oder die Tochter meines Nachbarn rechtsextrem orientiert, von dessen Hilfe ich abhängig bin. Da wird eine Auseinandersetzung schwierig und häufig scheuen sich Menschen davor.

Aus den Städten heraus werden wir oft angefragt, ob wir in dieser und jener Frage beraten können. Das ist im ländlichen Raum anders, hier sind die Türen geschlossener. Hier braucht das Eintauchen in die Problematik und die Beratungstätigkeit mehr Zeit. Wichtig ist immer, dass die Menschen uns erfahren als ehrlich interessierte, empathiefähige und vertrauenswürdige Personen. Das ist zwar auch in den Städten so, aber im Dorf müssen wir uns mehr Zeit nehmen, im Wissen und im Verständnis um die Abhängigkeiten der Menschen untereinander. Die Menschen in uckermärkischen Dörfern sind z. B. oftmals sehr abwartend Fremden gegenüber. Aber wenn man den Zugang zu ihnen hat, dann wird man auch in der Verschiedenheit voneinander akzeptiert. Und dabei ist das Erstgespräch oftmals entscheidend. Wenn mein Gegenüber z. B. spürt, dass ich ehrliches Interesse daran habe, wie er mit seinen Enten und Hühnern umgeht oder warum er trotz seines hohen Alters die schwere Gartenarbeit auf sich nimmt, dann wird auch ein sehr verschlossener Mensch sich öffnen. Die Menschen haben ein sehr feines Gespür dafür, ob jemand ihnen authentisch gegenübertritt oder nicht. Gerade im ländlichen Raum kommt uns in unserer Arbeit zugute, dass wir selbst hier leben und die Probleme der Menschen nicht nur vom Hörensagen kennen, es sind vielfach auch unsere eigenen.

Selbstverständlich müssen wir über unsere Arbeit auch vor der Landesregierung und dem Landtag Rechenschaft ablegen. Unabhängig von unseren monatlichen Berichten ins Gesamt-MBT erstellen wir jährlich einen Bericht. Die Schwierigkeit dabei ist, dass Beratungstätigkeit zum Thema Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung nicht in Meter und Sekunden abzurechnen ist. Und wir berichten nicht in der Art und Weise „Seht her, das haben wir gemacht“ Wir sind immer die Begleiter und Berater, der Erfolg gehört den Akteuren vor Ort. Und dabei gibt es immer auch Höhen und Tiefen. So manches Bündnis z. B., was wir mit auf den Weg gebracht haben, macht solche Wellen durch. Es gab eine ganz aktive, lebendige und angestrenzte Zeit, gerade als solche Bündnisse in Reaktion auf rechtsextreme Übergriffe entstanden. Dann zog eine relative Ruhe ein, die Rechtsextremisten haben ihre Strategie verändert. Es wird nicht mehr auf den Straßen getrommelt oder geprügelt, man setzt auf Nachbarschaftshilfe und strebt den Einzug in die Parlamente an. Menschen, die sich lange Zeit engagiert haben, ziehen sich dann auch mal wieder zurück, aus den verschiedensten Gründen. Weil sie im Moment weniger Zeit zur Verfügung haben, oder weil sie kein gemeinsames Thema haben. Und das steht ihnen auch zu. Sie sind aber trotzdem noch da. Das darf man nicht unterschätzen.

Ich hatte eingangs gesagt, dass wir vor zwei Jahren, genau am 01.01.2006 unser Institut, das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung demos gegründet haben. Demos steht für „das Volk“ aus dem Griechischen. Am Institutsnamen merken Sie schon, dass unsere Beratungstätigkeit, verglichen mit den Anfängen unserer Tätigkeit, das Thema Rechtsextremismus umfassend ins Blickfeld nimmt. Wir können nicht über die Dörfer ziehen mit einem silbernen Köfferchen, um über die Gefährlichkeit von Rechtsextremismus zu erzählen und aufzuzeigen, was verboten ist und wie die rechtsextremen Devotionalien aussehen. Wir müssen an den realen Problemen der Menschen ansetzen. Und selbstverständlich gelangen wir dann ab einem bestimmten Punkt auch ans Thema Rechtsextremismus. Aber der Anfang muss manchmal der nicht mehr fahrende Bus sein, oder die Straße, die fehlt, oder die Kita, die geschlossen werden soll.

Es geht immer um konkrete Hilfe vor Ort. Nicht ohne Grund gibt es deshalb angedockt ans Institut seit diesem Jahr ein neues Projekt. Das Modellprojekt nennt sich „Elternwege“. Dieses Modellprojekt widmet sich schwerpunktmäßig der Entwicklung und Stärkung von Selbsthilfekultur für Eltern extrem orientierter Kinder. Auch für den Umgang mit dieser Problematik gibt es kein Rezept. Aber die Entwicklung und Stärkung einer Selbsthilfekultur kann ein Schritt sein, dass Eltern damit besser umgehen und sich gegenseitig auch stärken können.

Im Moment ist unser MBT dabei, das wird für Sie als Abgeordnete besonders interessant sein, Fortbildungs-Module zu entwickeln in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen. Wir gehen davon aus, dass die Auseinandersetzung schärfer wird. Parteien, Abgeordnete, Kandidaten der Parteien, Verantwortungsträger in den Regionen müssen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen

im Wahlkampf gut gewappnet sein. Im Herbst sollen die Module zur Verfügung stehen und wir würden gern mit ihnen an den Themen arbeiten. Das sind solche Fragen wie z. B.: Wie erkenne und benenne ich rechtsextreme Tendenzen und Entwicklungen vor Ort oder auch Demokratiedefizite? Wie begreift sich denn Demokratie als Wert und wodurch wird sie erlebbar gemacht? Oder wie befördern wir denn Wahlbeteiligung, die im Moment immer weiter nach unten geht? Wie können Kommunalpolitiker Bürgerinnen und Bürger überhaupt wieder erreichen? Was bedeutet denn eine aufsuchende Kommunalpolitik? Welche Themen müssen wir besetzen? Worum müssen wir uns vor Ort kümmern? Wie finden die Kommunalpolitiker der demokratischen Parteien den Zugang und auch die richtigen Themen, mit denen sie die Menschen erreichen? Wie setzen wir uns inhaltlich mit Rechtsextremen auseinander? Welche rhetorischen Kompetenzen brauche ich, wie kann ich mich da wirklich fit machen? Was sind die Grundmuster in der Argumentation der Rechtsextremen, damit ich mich mit denen auseinander setzen kann? Wo sind denn die Widersprüche zum Grundgesetz? Wir würden den demokratischen Parteien auch gern Mut machen zum Unterschied, wie unterscheiden wir uns als Partei, als eine Partei von einer anderen Partei, und wie klopfe ich mein eigenes Programm auf Demokratiebefähigung und Abgrenzung auch zum Rechtsextremismus ab. Wie gehe ich denn damit um, wenn ich merke, dass es im Sportverein meines Kindes rechtsextreme Tendenzen gibt? Und wie finde ich auch selber zu einer eigenen starken Haltung, um mich dem Thema oder auch Rechtsextremen stellen zu können?

Fakt ist – das bestätigen uns auch die Erfahrungen unserer KollegInnen aus Mecklenburg Vorpommern, wo die NPD im Landtag sitzt – die NPD schult ihre Kader hochgradig professionell. Mancher NPD-Politiker, der dort am Anfang der Legislaturperiode keinen Satz gerade aus sprechen konnte, kommt inzwischen rhetorisch professionell daher.

Inzwischen gibt es den Kreisverband der NPD Barnim-Uckermark. Im Norden der Uckermark ist im angrenzenden Teil Mecklenburg Vorpommerns die NPD sehr stark, da gibt es auch einen regen Austausch mit der Uckermark. Aus Märkisch-Oderland, insbesondere Bad Freienwalde, gibt es starkes Wirken in den Barnim hinein. Dazu kommen noch die Einflüsse und die Kooperation der rechtsextremen Kameraden mit Berlin und den Randgemeinden. Dr. Kohlstruck hat von der veränderten Strategie des Rechtsextremismus und auch vom veränderten Erscheinungsbild gesprochen. Ich darf ergänzen, dass wir neuerdings gerade im ländlichen Raum ein verändertes, martialisches Auftreten rechtsextrem orientierter Menschen wahrnehmen. Aber immer sehr freundlich, gerade auch Fremden gegenüber, die wie wir mit einem anderen Autokennzeichen daher kommen.

Soweit zunächst. Sie können sich jederzeit an unser Regionalteam oder an die Kolleginnen und Kollegen der anderen Regionalteams wenden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zu den Aktivitäten der DVU im Landtag Brandenburg

Dr. Detlef Voigt

Direktor Brandenburger Landtag

Als mich die Vizepräsidentin gefragt hat, ob ich hier heute ein paar Sätze zu dem Thema sagen würde, hab ich auch spontan ja gesagt, weil, wenn die Vizepräsidentin fragt, dann versucht man es einzurichten. Dann hab ich danach aber gefragt, was Sie eigentlich von mir erwarten. Und ich bin immer noch nicht, ehrlich gesagt, sicher, ob ich Ihren Erwartungen entsprechen kann, weil das, was Verwaltung macht, hat mit dem, was Sie machen, nicht unbedingt etwas zu tun. Dr. Kohlstruck hat vorhin gesagt, es gibt verschiedene Sichtweisen zu einem Thema. Verwaltung hat eine eigene Sichtweise auf das Thema, weil Verwaltung neutral zu sein hat. Verwaltung hat, unabhängig davon, welche politischen Intentionen sie setzt, Rechtsstaatlichkeit zu sichern. Und Rechtsstaatlichkeit schützt im Zweifelsfall auch die Rechten. Wenn sie das nicht tun würde, wäre es kein Rechtsstaat, dann wäre es Willkür. Das muss man klar sagen. Das ist nicht immer angenehm, das gefällt Politikern oft nicht, dass Verwaltung auch Rechts schützt, aber das ist der Rechtsstaat. Sonst funktioniert der Rechtsstaat nicht. Das heißt, Sie können von mir keine politischen Bewertungen der DVU im Landtag erwarten. Dafür gibt es Abgeordnete, die sitzen auch hier, die das bewerten können. Das mache ich nicht. Ich werde Ihnen ganz sachlich darstellen, was aus meiner Sicht passiert.

Noch eine Bemerkung dazu: Es wird gelegentlich auch die Erwartungshaltung aufgebaut, kann denn die Verwaltung da nicht mitwirken, dass wir dann möglicherweise die Rechten austricksen können. Auch das geht grundsätzlich nicht. Die Verwaltung hat für alle Abgeordneten da zu sein. Wir haben 6 DVU-Abgeordnete, sie sind von 6,1 % der Bürger gewählt, das habe ich zu akzeptieren, ob es mir gefällt oder nicht.

Die DVU, das muss man sagen, ist eine sehr fleißige Fraktion. Das muss man sachlich feststellen. Also von 101 Gesetzentwürfen kamen 12 von der DVU. Von 1.283 mündlichen Anfragen, die bisher gestellt wurden, 162 von der DVU, also 12,6 %, deutlicher höher als der Anteil Fraktionsmitglieder im Landtag. Kleine Anfragen, auch ein wesentliches Instrument, 1.872 kleine Anfragen gab es, 282, das sind 15,1 % von der DVU. Anträge 284, davon 67 von der DVU, 23,6 %. Das war das Wesentlichste, mehr Zahlen werde ich nicht bringen. Das heißt, anders als es nach Pressemitteilungen in Sachsen-Anhalt der Fall war, wo die DVU relativ schnell zerstritten war und sich mit sich selbst beschäftigt, ist die DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg relativ geschlossen, und sie arbeitet relativ intensiv. Wenn man sich die Anträge der DVU anschaut, haben sie im Prinzip 3 Gruppen: Anträge, die sie typischerweise rechten Gruppierungen zuordnen würden, also „Der Landtag möge beschließen, das Land Brandenburg spricht sich gegen einen Beitritt jetzt und auch in Zukunft zur Europäischen Union aus.“ Das könnte man relativ klar rechts einordnen. Die CDU ist ja auch rechts und nicht extremistisch. Und gleich noch in eine andere Richtung. Es gibt Anfragen wie die des Abgeordneten Klaus zu Disziplinarverfahren „Ist es richtig, dass gegen einen Brandenburgischen Landesbeamten des LKA ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde wegen rechtsextremistischer Aktivitäten, obwohl er im Prinzip in seiner Freizeit dort an einer Veranstaltung teilgenommen hat?“ So was hinterfragt, öffentlich gemacht, ist aber nicht völlig problemlos, weil ein Beamter auch außerhalb des Dienstes zur Neutralität verpflichtet ist. Aber wie gesagt, kein Problem, aber es wird öffentlich gemacht und damit auch ein bestimmter Eindruck produziert. Da ist es relativ einfach, damit umzugehen, auch für die Politik. Es gibt aber auch einen zweiten Teil, der ist schon wesentlich schwieriger, das sind nämlich ganz einfach sachliche Anträge. Also, zum Beispiel Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes im Land Brandenburg. Und dann liest man da: „Der Mittelstand ist von tragender Bedeutung von Beschäftigung und Ausbildung sowie für die Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg. 99 % der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in Brandenburg zählen, statistisch betrachtet, zum Mittelstand. Sie erwirtschaften über 50 % des gesamtwirtschaftlichen Umsatzes. Der Mittelstand in Brandenburg stellt mehr als zwei Drittel aller Ausbildungsplätze, und ist mit drei Vierteln aller Ausbildungsplätze Hauptträger der dualen Ausbildung. Das brandenburgische Mittelstandsförderungsgesetz vom 8. Mai 92 ist zu veraltet, zu unbestimmt, nahezu ineffektiv.“ Das hätte von jeder anderen Partei auch so kommen können. Das heißt, die DVU greift ganz normale Fragen, die das Land berühren, auf und versucht, Initiativen zu begründen. Das ist wahnsinnig schwierig, sich

damit auseinander zu setzen, weil teilweise auch die gleichen Lösungsvorschläge kommen, wie sie von anderen Parteien kommen, und da wird es dann schwierig. Und die DVU greift populistische Themen auf. Immer wieder ein ganz beliebtes Thema ist die Diätenerhöhung für Abgeordnete, was sich wunderbar machen lässt, und die dem kommunalpolitischen forum nahe stehende Partei hat das ja auch jahrelang gemacht. Das ist ein beliebtes Thema. Da kann man unwahrscheinlich gut Punkte in der Bevölkerung sammeln, wenn man da raufhaut.

Da kam vorhin die Feststellung, wir müssen die Themen schneller besetzen als die Rechten. Da wäre ich vorsichtig. Wenn man sich ganz simpel auf diese Themen einlässt und sagt, wir machen das genauso, dann ist man nicht mehr unterscheidbar. Ich hatte ein Aha-Erlebnis. Als ich irgendwann mal ein junges Mädel gefragt habe, ob sie zur Wahl gehen wird. Und da hat sie gesagt, ja, selbstverständlich. Und da sage ich, weißt du denn auch schon, was du wählst? Ja, DVU oder PDS. Da gibt es erst mal einen Schreck. Aber da ist irgendwas dahinter. Wenn ich nur als Protest wahrgenommen werde, dann muss ich mich nicht wundern, wenn ich in die gleiche Kategorie eingeordnet werde, was ja für einen politisch denkenden Menschen eine Katastrophe ist. Aber es ist so, und deswegen muss man sich auch sehr gut überlegen, wie man populistisch Themen besetzt, um nicht in eine gleiche Schublade zu geraten. Eine Warnung von mir.

Wie wird die DVU im Landtag wahrgenommen? Das ist für Sie, glaube ich, ein wichtiger Aspekt. Man muss aufpassen, dass man seine eigene Wahrnehmung nicht zu der geltenden Wahrnehmung projiziert. Wir haben regelmäßig Besuchergruppen im Landtag, und wir haben auch Feedback von den Besuchergruppen. Die Reaktion der Abgeordneten auf Rechts ist relativ einheitlich, entweder sie werden demonstrativ ignoriert, da wird eben rausgegangen oder eben Zwischenrufe. Ganz selten wird sich inhaltlich mit Themen auseinander gesetzt, weil es auch bei bestimmten Themen sehr schwierig ist. Wenn Zuschauer das wahrnehmen, sagen sie Folgendes: Wir verstehen gar nicht, was hier passiert, die haben doch Recht, warum werden die so behandelt? Sehr häufig kommen solche Reaktionen, auch aus Schülergruppen. Das heißt, wenn man sich nicht inhaltlich auseinander setzt, dann kann Rechts ganz problemlos punkten, auf Grund dieser Missachtung.

Letzter Gedanke. Wenn man etwas gegen rechtes Gedankengut unternehmen will, dann ist es zu spät, wenn man darüber anfängt nachzudenken, was passiert in den Parlamenten. Da muss man vorher überlegen, wie man verhindern kann, dass sie überhaupt reinkommen.

Da ist der Ansatz, den Sie jetzt hier haben, der einzig Richtige. Denn nur wenn man vor Ort die Leute überzeugt und erklärt, was rechtes Gedankengut bedeutet, im übrigen aber nicht den ganz hart gesottenen Rechten, die werden Sie nicht überzeugen, aber bei denen, die dem Gedankengut nahe stehen und erklärt, was das eigentlich ist, da hat man eine Chance, was zu verhindern.

Man braucht nicht mehr drüber nachdenken, wie man jetzt mit solchen Redebeiträgen der DVU umgeht, denn das Schwierige ist vor allem, wie man der Gefahr begegnet, zu plakativ festzustellen: Ihr seid die Rechten, und wir sind die Guten. Damit stößt man jedenfalls einen Teil der Leute vor den Kopf. Also wichtig scheint es mir zu sein, dass man zumindest die, die lernen können, mitnimmt. Wenn man die Differenzierung zu stark macht, dann schiebt man sie gerade in die Richtung, wo wir sie nicht haben wollen.

Das ist meine Erfahrung, die ich gemacht habe. Das ist übrigens auch mit den Abgeordneten so. Die DVU ist ein Stück weit im Landtag eingebunden, was die NPD in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern nicht ist. Das liegt möglicherweise auch an Unterschieden, weil die NPD ein ganz anderes Kaliber ist. Aber die DVU im Landtag Brandenburg ist nicht wirklich ein Problem, auch in der Außenwahrnehmung nicht.

Das vielleicht dazu, wenn Sie zu dem Thema weitere Fragen haben, bin ich gerne bereit, auf sie zu antworten.

Aus der Diskussion

Tino Henning

Herr Dr. Voigt, haben Sie Probleme mit Besuchergruppen im Landtag, die einen gewissen politischen Inhalt ins Parlament tragen, mit T-Shirts usw. Wie geht die Landtagsverwaltung damit um?

Dr. Detlef Voigt

Wenn wir ein verfassungsfeindliches Emblem bei Besuchergruppen entdecken, fordern wir die Jugendlichen (es sind in der Regel Jugendliche) auf, dies zu verdecken bzw. zu entfernen. Das ist kein Problem. Das Vorkommnis, auf das sie anspielen, war aber folgendes: Da trug ein Schüler ein Lonsdale-T-Shirt, was von der Vizepräsidentin auf Hinweis des Finanzministers als verfassungsfeindlich eingeschätzt wurde. An dem ist aber nicht. Lonsdale ist eine Firma, die sich sehr bewusst von rechten Tendenzen absetzt, die auch Geld in die Hand nimmt, um gegen rechtsextremistische Bestrebungen vorzugehen. Die Firma geht gegen ihren Ruf in der rechtsextremen Szene vor, wenn auch nicht richtig erfolgreich, weil bei ihrem Logo durch Abdecken mit einem Jackett die Buchstaben NSDA erscheinen. Wenn wir so etwas sehen, gehen wir dagegen vor. Wir haben im Ergebnis dieses Vorfalls den Wachschatz noch einmal gesondert belehrt. Wir haben eine Broschüre mit allen verfassungsfeindlichen Kennzeichen dem Wachschatz zur Verfügung gestellt, d. h. wenn ein solches Zeichen auftaucht, kann man dagegen vorgehen. Das Problem sind eigentlich die Zeichen, die in der Szene bekannt sind, uns möglicherweise nicht. Wir haben deshalb auch Kontakt mit dem Verfassungsschutz. Im Rahmen des Hausrechtes versuchen wir dagegen vorzugehen, auch über die rein verfassungsfeindlichen Kennzeichen hinaus - aber das ist ein schwieriges Feld.

Dr. Michael Kohlstruck

Rechtsextreme Positionen kann man nicht nur an bestimmten Themen festmachen, wie der sozialen Frage, dem Eckregelsatz bei ALG II, den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Das sind ja Fragen, denen wir uns heute stellen müssen. Und ähnlich ist es sicher auch mit wirtschaftspolitischen Themen oder dem Beitritt der Türkei zur EU. Ich glaube, rechtsextrem ist nicht die Befassung mit einem bestimmten Thema, sondern die Begründung hierfür: Das Thema im Zusammenhang mit bestimmten, inhaltlich qualifizierten oder besser gesagt nicht qualifizierten Begründungen. Wenn ich gegen den EU-Beitritt der Türkei bin und begründe das damit, dass dort doch wirklich nicht ein demokratisches System existiert und die Menschenrechte eine nachgeordnete Rolle spielen. Dann ist das eine durchaus akzeptable politische Position, die im Spektrum der Bundesrepublik vollkommen legitim ist. Wenn ich allerdings sage, ich bin gegen den EU-Beitritt der Türkei, weil das keine Arier sind oder weil die sozusagen blutsmäßig und mentalitätsmäßig überhaupt ein ganz anderer Typ von Mensch sind, dann ist das eine rechtsextremistische völkische Begründung. Das Thema im Zusammenhang mit einer bestimmten Begründung - das macht den Rechtsextremismus aus, nicht die Tatsache, dass man bestimmte markante und wichtige Themen als solche anspricht.

Dr. Detlef Voigt

Wenn ich noch was ergänzen darf. Das Problem ist, dass man sich darauf einstellen muss, dass zunehmend diese platten rechtsextremen Begründungen nicht mehr kommen. Die übernehmen dann teilweise Argumentationen, wie sie auch am Stammtisch kommen, das sind dann nicht vordergründig rechtsextreme Äußerungen, sondern solche aus dem Bauchgefühl heraus, auch nicht nur völkische. Diese Sätze, „dass sie ja anderes Blut“, „eine andere Rasse“ haben, die kommen im Regelfall nicht mehr vor. Es kommen dann wirklich solche Argumente, wie: „es ist kein Rechtsstaat“. Es wird also zunehmend schwieriger, zu erkennen, was dahinter steht.

Dr. Michael Kohlstruck

Ein Beispiel. Heute wird in der Zeitung groß über die Demonstration in Frankfurt am Main berichtet, die die NPD angemeldet hat. Und das Motto: „Arbeit statt Dividende“. Da kann man eigentlich nichts dagegen haben. Zweiter Satz, das ist dann die Begründung und der Kontext: „Volksgemeinschaft statt Globalisierung“. Das ist ein Beispiel für meine Argumentation.

Ich denke, es ist dann auch richtig, in Parlamenten oder in anderen öffentlichen Diskussionen immer die Frage nach der Begründung, nach der weltanschaulichen Begründung und der Basis der Argumentation offensiv zu stellen und diese Tarnstrategie aufzuzeigen. Es ist die Sache der politischen Gegner, deutlich zu machen, auch im Hinblick auf Parteiprogramme, Wahlprogramme oder Aktionsprogramme der NPD: das sagen sie jetzt hier, aber in ihrem Aktionsprogramm oder in ihrem Grundsatzprogramm steht nicht Arbeitsplätze oder soziale Gerechtigkeit für alle, da steht nur drin, soziale Gerechtigkeit für Deutschblütler. Da hat man schon zu tun, aber es ist auch nicht unmöglich, weil, wenn jemand konsequent von einem menschenrechtlichen oder von einem politisch-liberalen Standpunkt aus argumentiert, dann wird er bei diesen Forderungen natürlich sagen: „Davon verabschiede ich mich, mit denen habe ich nichts zu tun.“ Man ist nicht ohnmächtig, das will ich damit betonen.

Irene Wolff-Molorciuc (MdL)

Das will ich unterstützen. Es sind oftmals die Begründungen, die sie sofort entlarven. Die Auseinandersetzung wird zunehmend schwieriger, das ist völlig richtig, aber an der Begründung merkt man es.

Jana Schulze

Im Landtag hat ein Umdenken der demokratischen Parteien stattgefunden. Wenn ich mich noch an die erste Wahlperiode erinnere, in der die DVU im Landtag saß, dann war es so, dass es überhaupt keine Redebeiträge der demokratischen Parteien zu den Anträgen der DVU gab. Jetzt setzt man sich auch inhaltlich in der entsprechenden Form auseinander.

Kirsten Tackmann (MdB)

Demokratie- und Gerechtigkeitsdefizite werden allgemein empfunden. 90 % der Menschen in diesem Land empfinden, dass dieses Land nicht gerecht ist. Proteste richtig aufzugreifen und zu sagen, wir wollen sie nicht abschaffen, die Demokratie, sondern wir wollen sie verbessern und vervollständigen und wieder erlebbar machen, das wäre doch der Unterschied. Und deswegen sage ich einerseits, sich ganz klar abgrenzen und ganz klar aufzugreifen, was an begründetem Protest im Land stattfindet. Andererseits dürfen wir auch die Entsolidarisierung zwischen den Demokraten nicht zulassen. Das ist etwas, wo ich ein Schlüsselerlebnis hatte im Bundestagswahlkampf 2002. In meinem Wahlkreis war ein NPD-Kandidat angetreten und eine Woche vor dem Wahltermin gab es diesen Anschlag im Beelower Wald auf die Todesmarsch-Gedenkstätte. Es gab eine große Podiumsdiskussion, und die Kandidaten der SPD und der PDS hatten dazu aufgerufen, denjenigen aus dem Podium zu verweisen, der sich nicht explizit von dem Anschlag distanziert. Der NPD-Kandidat hat dann gesagt, er habe damit nichts zu tun, und deswegen könne er sich auch gar nicht distanzieren usw. Darauf gab es einen Disput, und der Kandidat der Grünen sagte, dass man sich doch mit dem auseinander setzen müsse. So ließ die Leiterin der Podiumsdiskussion darüber abstimmen, ob der NPD-Kandidat dabei bleiben dürfe oder nicht. Zum Glück hatten wir eine Mehrheit im Saal, die sich dafür aussprach, dass er das Podium verlassen muss, aber es war für mich eine absolut gespenstische Situation. Nachdem der NPD-Kandidat rausgewählt worden ist, verließ er die Diskussion mit ungefähr 20, 25 Nazis mit großem Getöse. Dann gab es hinterher noch eine Debatte, wo die Grünen forderten, man müsse sie in den Podien lassen und man müsse öffentlich mit denen diskutieren usw. Und da sage ich, in so einer Situation darf wirklich kein Blatt Papier zwischen die demokratischen Parteien passen. In so einer Situation muss man ganz klar gemeinsam aufstehen und sagen, nein, so etwas geht nicht.

Auch diese Gleichsetzung von Nazis und PDS, die immer wieder stattfindet, wo immer wieder von den rotlackierten Faschisten, braunlackierten Sozialisten usw. geredet wird, auch das ist aus meiner Sicht überhaupt nicht hilfreich und diskriminiert letzten Endes eigentlich Leute, die wirklich sehr, sehr aktiv auch gegen diese Erscheinungen auftreten und die wir als Verbündete brauchen.

Sebastian Hölzel

Meine Frage an Herrn Dr. Kohlstruck zu den 6 Dimensionen des Rechtsextremismus. Es ist ja

allgemein bekannt, dass die Nazis und Rechtsextremen ein ganz bestimmtes Bild von der Frau haben, mit genauen Frauenpflichten usw. Haben Sie das in dieser Übersicht, mit drin gehabt, oder ist es bisher nicht in der Untersuchung vorgekommen?

Dr. Michael Kohlstruck

Dieses Schema mit den 6 Dimensionen, also Chauvinismus, Antisemitismus usw., ist ein Arbeitsinstrument der empirischen Sozialforschung. Wenn beispielsweise Herr Stöss oder Herr Falter in Mainz eine Umfrage machen zu Einstellungen in der Bevölkerung. Um die zu erfassen, fragt man natürlich die Leute nicht, sind sie rechtsextrem, sondern man macht dann inhaltliche Statements, Aussagen zu diesen 6 Dimensionen, und aus der Art, wie die Befragten darauf antworten, schließt man: 15 % derer, die wir jetzt befragt haben, geben in allen 6 Dimensionen sehr extreme Antworten, und deshalb können wir die auch legitimerweise als rechtsextrem in der Einstellung bezeichnen. Diese 6 Dimensionen sind kein hinreichendes Schema, um die Programmatik oder die Ideologie des politischen Rechtsextremismus zu erfassen, sondern das ist ein Arbeitsinstrument der Einstellungsforschung. Der Kreis derer, die in der Bundesrepublik dazu forschen, der ist nicht unendlich groß, lassen Sie das mal 10 oder 15 Forscher sein, zwischen denen gibt es eine Absprache bzw. ein bestimmtes Arbeitsübereinkommen, dass man diese 6 Dimensionen als festen Kanon betrachtet. Manche Forscher nehmen darüber hinaus noch weitere Dimensionen in das Tableau mit auf, vielleicht auch die Dimension, die bestimmte Geschlechterrollen mit aufnimmt.

Ich bin mir nicht wirklich sicher, ob es innerhalb des Rechtsextremismus ein einheitliches Frauenbild gibt. Also, die Tatsache, dass Stella Palau Vorsitzende des Ringes nationaler Frauen ist und dass es den Bund deutscher Mädel und Bund deutscher Frauen gibt, zeigt ja, dass man jetzt doch nicht konsequent auf einer altkonservativen Auffassung beharrt, die sagt, die Frauen sollen für die Kinder und für das Haus und sozusagen für den privaten Bereich zuständig sein. Da gibt es offensichtlich Frauen, die sich formal gesagt, emanzipiert benehmen, die in die Öffentlichkeit gehen, die selbst Politik machen, die sagen: „Wir wollen auch Frauenbelange innerhalb der rechtsextremen Programmatik zur Geltung bringen.“ Deshalb würde ich ein Fragezeichen machen, ob man wirklich sagen kann, dass der Rechtsextremismus so klar die Frauen irgendwie auf eine traditionelle Haus- und Hof-Rolle festlegt. Aber das ist eine inhaltliche Frage, das müsste man dann genauer untersuchen. Da gibt es auch, denke ich, ganz normale Modernisierungsprozesse.

Reiner Tietz

Ich komme aus dem Kreis Oberhavel, Oranienburg. Es gibt eine Konzentration der Rechtsextremen bei uns im Kreis, besonders im Südkreis. Frau Fäscher hat das sehr eindringlich geschildert. Es wohnen dort Führungskräfte, bekannte Musiker und auch ihre Rechtsvertreter, Rechtsanwälte, so dass wir es nicht mit einem Rückzugsgebiet zu tun haben, sondern mit einer Konzentration ihrer Elite. Das ist die neue Situation, aber ich will nicht verhehlen, dass wir es nicht nur mit den Nadelstreifenleuten zu tun haben, sondern dass wir es auch mit Gewalttaten zu tun haben. Es gibt immer wieder Ereignisse in der Gedenkstätte, die sich nicht nur auf die Gedenkstätte unmittelbar beziehen. Es gibt auch solche Delikte, dass Berliner Schüler immer wieder mit rechtsradikalen Parolen, rechtsextremistischen Parolen bei uns auftreten.

Die NPD bereitet sich auf die Kommunalwahlen vor, sie hat bei uns im Kreis einen Kreisverband und hat dort die ersten Kandidaten benannt. Das heißt, alles ist darauf ausgerichtet, bei den nächsten Kommunalwahlen möglichst in Brandenburg ähnliche Verhältnisse zu organisieren, wie es sie in Mecklenburg-Vorpommern an einigen Stellen schon gibt. Und das ist, glaube ich, der Akzent, mit dem wir uns jetzt auseinandersetzen müssen, in unserer Arbeit, die wir z. B. im Forum gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg leisten. Ich sehe da eine große Gefahr. Und deswegen gibt es bei uns den Versuch im Kreis die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten besser zu vernetzen. Wir haben verschiedene solche Aktivitäten, so den Hennigsdorfer Ratschlag, das Forum in Oranienburg, Mixpickels in Velten, jetzt die S-Bahn-Gemeinden mit Courage. Daran sieht man natürlich, wo unsere Probleme liegen, ich habe hier keine der Städte und Gemeinden im Norden genannt: Gransee, Fürstenberg.

Wir werden uns zusammensetzen und werden beraten, was wir gemeinsam tun können, nicht um

uns von der Arbeit abzuhalten, sondern um Erfahrungen auszutauschen. In der letzten Woche gab es beispielsweise eine Beratung des Aktionsbündnisses, bei dem die Aktivitäten im Nordteil des Landes Brandenburg zusammengefasst wurden.

Wir hatten die Möglichkeit, bei einer Studienreise des kommunalpolitischen forums nach Mecklenburg-Vorpommern uns dort auch anzusehen, wie die Strukturen sich entwickeln und wie die Erfahrungen sind. Ich habe die Freunde und Genossen dort gefragt, was habt ihr nach den Wahlen gemacht. Und da haben sich drei Dinge herausgestellt: Es gibt, obwohl noch nicht überall, in den Dörfern und Kleinstädten mehr konkrete Abwehrreaktionen, örtliche Bündnisse und Erklärungen von Vereinen oder auch von Volksvertretungen für Toleranz und gegen rechtsextreme Erscheinungen, die da auftreten. Es gibt mehr Aufmerksamkeit für diese Fragen, und es gibt sozusagen den Versuch der Strukturierung. Das ist das erste. Das zweite, und das scheint mir noch wichtiger zu sein, dort, wo ich mit Leuten, Bürgermeistern und Gemeindevertretern sprechen konnte, geht es darum, mehr finanzielle Mittel in die Jugendarbeit zu stecken. Das sind freiwillige Aufgaben, die Abgeordneten, die hier sind, wissen, wie schwierig das ist, das überhaupt zu organisieren, mehr als bisher in die breite Jugendarbeit reinzustecken. Die dritte Erkenntnis: Es muss mehr konkretes Wissen über die Nazizeit in die Kinder und Jugendlichen getragen werden. Das ist zwar in den Lehrplänen enthalten, aber wie das in der konkreten Schule gemacht wird, darauf haben wir doch als Abgeordnete auch Einflussmöglichkeiten, weil wir ja den Schulträger vertreten.

In dieser Situation werden die unterstützenden Mittel für die zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Vertretungen, die sich gegen den Rechtsextremismus wenden, gekürzt. Ich will das trotz der Tatsache sagen, dass es das Bundesprogramm gibt. Ihr wisst aber alle, was ausgelaufen ist mit dem Jahr 2006 und 2007. Angesichts dieser Situation gibt es für uns auch hier im Land Brandenburg diese Kürzungen. Das kann man nicht billigen. Es gibt Gott sei Dank noch ein Programm der Vernetzung wieder und mit diesem langen Namen (Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus), was die Weiterexistenz der MTB und RAA sichert, das ist sehr wichtig für uns, aber insgesamt kann man nicht einverstanden da sein, dass es sich so vollzieht, dass alle Maßnahmen über Zivitas gestoppt worden sind mit diesem breit angekündigten Programm der Toleranz vom Bundesfamilienministerium. Für den Kreis Oranienburg wurde es nicht für notwendig gehalten, dass wir an diesem Bundesprogramm teilnehmen können, trotz der geschilderten Situation. Wir müssen uns also auf unsere eigenen Kräfte besinnen und unsere eigenen Mittel, und die sind bekanntlicherweise bescheiden. Und mein Appell geht besonders an unsere Abgeordneten, alle Möglichkeiten zu nutzen, damit wir eine größere Unterstützung erhalten, denn die Vernetzung ist nicht einfach nur mit links zu machen, diese Vernetzung, die wir jetzt brauchen, die verlangt auch eine solche finanzielle Absicherung.

Jana Schulze

Gestern gab es eine Pressemitteilung von der RAA in Brandenburg, über ein Fortbildungsseminar für Lehrerinnen und Lehrer, die Schulmediatoren, also Schülersprecher und andere interessierte Jugendliche in den weiterführenden Schulen dazu ausbilden sollen, auf Gewalt an und in Schulen zu reagieren. Bildung und Erziehung findet nicht nur in Schule statt, sie soll, das verlangen wir als Linke und als kommunalpolitisches forum, auch außerhalb der Schule stattfinden. Es gibt diese lokalen Bündnisse für Familien, hier in Potsdam, bundesweit gibt es mehrere Hundert mittlerweile. In Potsdam haben wir einen Problem-Stadtteil, wo sich vor allen Dingen Gewalt in der Schule etabliert hat und wir als Familienbündnis jetzt mit einzelnen Projekten und Formen gemeinsam mit dem Elternhaus dagegen vorgehen wollen bzw. erklärend und aufklärend wirken wollen.

Heiko Poppe

Ich möchte auf die Einschätzung von Frau Fäscher zur Kommunalpolitik eingehen. Ich bin Stadtverordneter seit 2003 in Angermünde, bin Fraktionsvorsitzender, verfolge die Kommunalpolitik als Außenstehender schon viel länger. Im ersten Moment muss ich ihr Recht geben in ihrer Einschätzung. Was dort gelabert wird, was man dort für Freizeit verbringt, das wird mir jeder bestätigen, der das gemacht hat. Aber ich möchte trotzdem an dieser Stelle noch mal eine Lanze brechen für die Demokratie, denn wenn wir uns hier über Rechtsextremismus und Erscheinungsformen,

gerade beginnende Erscheinungsformen von Rechtsextremismus unterhalten, denke ich, müssen wir auch über den Wert von Demokratie reden, Demokratie, wo andere Meinungen erlaubt sind und gefragt sind und wo Meinungsstreit und Auseinandersetzung gefragt ist, egal wie das nun immer im konkreten Einzelfall stattfindet. Ich weiß, dass man u. a. auch deshalb Abgeordneter werden kann, weil man sich schön findet und weil man sich gerne reden hört. Es ist sicherlich nicht die Masse an Abgeordneten, aber es gibt eben solche Exemplare, und wenn ich so an meine letzten Wochen zurückdenke, sehe ich immer wieder, dass Ausschusssitzungen von zwei Stunden Dauer alleine schon eine Stunde von 2 Personen redetechnisch bestritten wird, die sich also einfach nur gerne reden hören, ohne etwas zu sagen. Ich will jetzt nicht mit Beispielen aufwarten, weil das kann sicherlich jeder nachvollziehen. Für mich ist das Problem, eine der letzten Sitzungen, da waren extra Vereine eingeladen, weil es um ein Thema ging, was Vereine betrifft, und nach einer Dreiviertelstunde wurden eben diese Besucher richtig unruhig, weil sie sich einfach „verarscht“ vorkamen, weil sie eben eine Dreiviertelstunde sich dieses Gelaber anhören durften, ich sag das so deutlich, weil ich es genauso empfand, und einfach nicht zu Wort gekommen sind. Das ist eine Sache, wo wir als Kommunalvertreter selbst auch darüber nachdenken müssen, auch für die nächsten Wahlen: Wie machen wir diese Demokratie erlebbar für den Bürger? Ich habe auch schon mal so im Scherz gesagt, wenn man jemanden davon abhalten will, zur Kommunalwahl zu kandidieren, sollte man ihm verordnen, drei, vier Stadtverordnetenversammlungen zu besuchen. Das hilft. Bei den meisten hilft das. Und genau das ist der Punkt, den ich hier noch mal ansprechen will, um nicht irgendwann in die Gefahr zu geraten, dass dann plötzlich mal jemand kommt und sagt, das machen wir alles ganz anders, ich biete euch eine ganz einfache Lösung an, dann geht es hier vorwärts, dann geht es zackig usw. Die Sprüche kennen wir alle. Und ich hab das auch erlebt in einem Dorf, das von Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern wechseln will aus ganz praktischen Gründen, weil einfach bestimmte Dinge nicht funktionieren. Die Einwohner leben an der Landesgrenze von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die Schule ist eine halbe Stunde Schulbus entfernt und so viele, viele andere Probleme, alltägliche Probleme, wo letztens selbst der Petitionsausschuss des Landtages einen Vor-Ort-Termin gemacht hat, sich die Probleme angehört hat, aber ganz laut sagen musste, Leute, hier können wir nichts machen. Das ist nun die Wahrnehmung von Demokratie. Das Bürgerhaus war an einem Donnerstagvormittag gut gefüllt. Und wenn Menschen Demokratie so erleben, wie es dort im ganz konkreten Fall gewesen ist, dann interessiert es nicht, dass nun ausgerechnet nur die Abgeordneten der Linken vom Petitionsausschuss nun vor Ort waren und die anderen nicht, sondern da wird einfach gesagt, diese Demokratie ist Mist, und wir wollen was anderes haben. Was sie haben wollen, sagen sie nicht, aber dann muss eben wirklich nur jemand kommen, der eben genau diese markigen Sprüche in die Welt setzt.

Wenn die Bürger diese Wahrnehmung von Demokratie haben und man selbst macht dort mit als Abgeordneter und ist sich dessen aber nicht bewusst, wie katastrophal die Außenwirkung z. T. ist, dann, denke ich mal, müssten wir überlegen, was wir hier falsch machen, was wir alle falsch machen. Wie erreiche ich die Menschen, denen ich jetzt nicht unbedingt irgendwelche rechtsextremistischen oder anderen Motive unterstellen will, aber die vielleicht anfällig sind für so etwas, weil ihnen bestimmte Entscheidungsprozesse einfach zu lange dauern, zu umständlich, zu intransparent sind usw.

Ariane Fäscher

Es wird gerade im Mendelssohn-Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis, mit dem landesweiten Aktionsbündnis eine Argumentationshilfe für Kommunalpolitiker und Demokraten erarbeitet, wo einfach, Herr Christoph Kopke beschäftigt sich damit, wo die Argumente, die vermeintlichen Argumente der Rechtsextremen auf Herz und Nieren überprüft werden, eine Gegenargumentation erarbeitet wird, die quasi als Handreichung dann zur Verfügung steht, und ich glaube, die soll im Herbst erscheinen.

Arnold Mosshammer

Ich komme vom Aktionsbündnis gegen Naziaufmärsche und Heldengedenken in Halbe. Und ich möchte anknüpfen an die Ausführungen von Rainer Tietz aus Oranienburg, bei denen es auch um

mehr Aufmerksamkeit für die Jugendarbeit und vor allen Dingen auch Aufklärung über die Nazizeit ging. Wir vom Aktionsbündnis in Halbe gegen Naziaufmärsche und Heldengedenken versuchen vor allen Dingen die jungen Menschen zu erreichen. Vor allen Dingen ist es wichtig, dass wir die jungen Menschen erreichen, und zwar schon zu dem Zeitpunkt, wo das rechte Gedankengut noch gar nicht soweit eingedrungen ist, dass wir irgendwelche Aktionen dagegen gestalten müssen. Und deshalb erscheint mir diese Aussage, mehr Aufmerksamkeit der Jugend zu schenken und die Wahrheit über Krieg, Faschismus in die jungen Köpfe hineinzutragen, sehr, sehr wesentlich. Und da kommt es nach meinem Dafürhalten darauf an, dass natürlich die Schule, das Elternhaus, die gesamte Gesellschaft daran mitarbeitet. Aber wichtig ist, nach meinem Dafürhalten nicht nur die Vermittlung in Form von besserwisserischen Reden der Älteren über diese Zeit, sondern dass wir vor allen Dingen erreichen, dass die jungen Menschen sich selbst aktiv mit den Problemen auseinandersetzen. Wir haben in Halbe die Denkwerkstatt eingerichtet im alten Schulgebäude mit Unterstützung vor allen Dingen des Kreises, der örtlichen Kommune und des Volksbundes „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, wo in dieser Denkwerkstatt das Grauen des Krieges und insbesondere der Kesselschlacht Halbe vermittelt wird, aber nicht in Form eines Museums, sondern - der Name sagt es - als Denkwerkstatt, wo die Jugendlichen selbst durch die Emotionen dieser Räume, die dort gestaltet werden, angeregt werden, diesen Stoff zu verarbeiten, natürlich unter Mithilfe von Lehrkräften usw.

Und ein anderes Beispiel, wie es darauf ankommt, mit den Jugendlichen zu arbeiten, ist der Film, der gedreht worden ist von einem Schülerinternat in Königs Wusterhausen, Peetz, wo Jugendliche ausgebildet werden als Köche, als Tischler, als Maurer, also handwerkliche Berufe, und die in ihrer Freizeit im Internat unterstützt worden sind, den Film zu drehen „Kleines Halbe - große Geschichte“. Dieser Film wurde ja auch über das Bildungsministerium an die weiterführenden Schulen in Brandenburg verteilt. Dieser Film gestaltet sehr ansprechend für Jugendliche dieses Problem und ist von Jugendlichen selber gestaltet. Wir haben mit den Jugendlichen bei der Premiere des Filmes gesprochen. Da waren Jugendliche dabei, die uns mitteilten, dass sie selber, bevor sie sich mit dem Film befassten, an Demonstrationen in Halbe auf der rechten Seite vertreten waren. Und erst durch die Arbeit mit dem Film ganz andere Einstellungen dazu gefunden haben und ganz andere Positionen. Man braucht sich ja auch nicht zu wundern, die Zeit des Zweiten Weltkrieges liegt heute viel weiter zurück als zu meiner Zeit, als ich in dem Alter war, der Erste Weltkrieg. Und der war für mich schon damals uralte, der spielte überhaupt keine Rolle. Da braucht man sich also über die Jugendlichen gar nicht zu wundern. Persönlich habe ich in Halbe die Kesselschlacht miterlebt. Wer das miterlebt hat und den Krieg überhaupt, dieses Grauen, dieses Furchtbare, für den gibt es nur eins, alles für den Frieden zu tun, für Demokratie und gegen die Rechten. Aber das muss man natürlich richtig vermitteln können und nicht nur besserwisserisch, sondern vor allen Dingen durch das aktive Mitwirken der Jugendlichen an bestimmten Projekten. Und dafür müssen auch Mittel bereitgestellt werden und Unterstützung. Unser Kreis unterstützt z. B. in diesem Jahr die Denkwerkstatt auch finanziell, und ich muss auch unterstreichen, dass von der Landesregierung - natürlich auf Halbe bezogen, weil es eine besondere Rolle darstellt mit dem größten deutschen Soldatenfriedhof. Aber trotzdem ist es wichtig, dass man das nicht erst zum Zeitpunkt der Wahl macht, sondern langfristig.

Wera Quoß

Ich komme aus Hennigsdorf und ich arbeite seit über 10 Jahren schon im Forum mit in Oranienburg. Wir haben aber auch in Hennigsdorf unser Bündnis, den Hennigsdorfer Ratschlag. Und ich denke, wenn wir solche Bündnisse initiieren und installieren, dann ist ganz, ganz wichtig, dass sie Bestand haben. Dass sie über viele, viele Jahre hindurch getragen werden. Da wechseln immer wieder die Mitglieder, aber es muss ein ganz fester Kern sein, der das Bündnis zusammenhält und der auch immer wieder Themen setzt und er auch Ansporn gibt und man sich auch regelmäßig trifft. Wir in Hennigsdorf kommen z. B. einmal im Monat zusammen. Was ich feststellen konnte ist, dass uns die Lehrer abhandeln kommen. Und das muss sich auch das Forum sagen. Wir haben zwar auch mit jungen Leuten zu tun in beiden Gremien. Bei den Schülern ist es so, die gehen ja irgendwann mal raus aus der Schule, dann gehen sie zum Studium oder zur Lehre, dann sind sie erst mal auf der kommunalen Ebene weg. Aber die Lehrer sind eigentlich bodenständig. Und sowohl im Forum als

auch bei uns im Ratschlag haben wir mit Lehrern angefangen, die sind alle untergetaucht. Sie sind einfach nicht mehr da. Wir haben in Hennigsdorf das Asylbewerberheim und aus dieser Situation hat sich auch unser Bündnis, der Ratschlag, gegründet. Wir haben in Hennigsdorf einen berufenen Ausländerbeirat, der auch finanziell durch unsere Stadt gut unterstützt wird, und dann unser Bündnis, dann haben wir noch die HAI, das ist Hennigsdorfer Antifa-Gruppe, diese drei Bündnisse, die haben schon dazu beigetragen, dass diese verbalen und schlimmen Attacken gegen unsere ausländischen Mitbürger aufgehört haben. Wir haben Ende der 90er Jahre viele Vorkommnisse gehabt. Wenn die Ausländer aus der Stadt in ihr Heim gelaufen sind, sind sie geschlagen worden, angegriffen worden, solche schlimmen Dinge haben wir nicht mehr. Aber es vergeht keine Woche, in der nicht in der Zeitung steht, dass wieder Jugendliche angezeigt wurden und die Polizei eingreifen musste.

Was wir natürlich gemacht haben, wir haben das Glück, wir haben eine unabhängige Beratungsstelle für Ausländer in Hennigsdorf, die durch die Kirche getragen wird, diese Stelle wird auch über die Kirche finanziert. Und Simone Tetzlaff hat u.a. im Seniorenbeirat, in der Volkssolidarität Vorträge gehalten, hat aufgeklärt, warum sind unsere ausländischen Mitbürger hier, warum brauchen sie unsere Hilfe, warum brauchen sie Unterstützung, warum brauchen sie eine unabhängige Beratung, unabhängig von den Landkreisen. Und ich denke, das hat auch dazu beigetragen, das Verständnis für unsere Mitbewohner, die auch in Wohnungen bei uns in Hennigsdorf untergebracht sind, dass dieses Verständnis für sie besser geworden. Ich hab viele Klassen auch begleitet ins Heim hinein, hab gezeigt, wie leben unsere ausländischen Mitbürger, denn oft wird ja denen so nachgesagt, die sind Schmarotzer, die wollen bloß alles haben von uns, und wenn sie dann ins Heim kommen und sehen, wie spartanisch, wie eingeeengt die Leute leben, dann ist es schon auch ein Beweis dafür, dass man sich hier einbringen muss. Und deswegen müssen wir in unseren Schulen noch viel mehr praktizieren. Wir müssen die Lehrer wieder erreichen. Dann kommen wir auch dazu, dass diese Themen auch im Unterricht ganz anders behandelt werden.

Tino Henning

Eine Frage an Dr. Kohlstruck und ans MBT. Die Umsetzung des momentanen Bundesprogramms. Das ist ja doch eine relative Veränderung des Schwerpunktes im Handeln. Einerseits ist es so, dass einige Kommunen im Land Brandenburg keine finanziellen Mittel bekommen haben, die durchaus als Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten zu bezeichnen sind. Die Frage. Wie bewerten Sie 1. generell dieses 3-Säulen-Modell? Wie bewerten Sie das Intervenieren beim Auftreten von Krisensituationen? Was sind für Sie Krisensituationen? Wie will der Bund das beantworten? Und da wär für mich noch die Frage generell für das Land Brandenburg, zur Disparität, also der eine hat was bekommen, der andere hat nichts bekommen, wie das bewertet wird. Es führt dazu, dass beispielsweise Halbe, der Landkreis sehr gut ausgestattet worden ist und demzufolge auch jetzt die Denkwerkstatt auch gut unterstützen kann. Das ist einerseits zu begrüßen, andererseits führt es natürlich auch zu einer anderen Seite. Und insofern würde ich um eine Einschätzung bitten.

Karin Dörre

Also, bewerten würde ich das nicht so gern, sag ich mal ganz ehrlich, weil das ist nicht der Job des MBT. Das machen wir nicht. Aber diese LAP's, ein Kollege von uns, der sagt immer nicht Aktionsplan, der sagt immer Aktionismusplan. Das trifft es ja vielleicht auch irgendwie. Und der Punkt ist einfach der, das ist ja ausgehandelt worden, als diese Zivitas und als das alles ausgelaufen ist, in einer schweren und wirklichen schwierigen Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien, CDU und SPD, und insofern ist ja wenigstens was entstanden, man muss damit nicht glücklich sein. Wenn ich jetzt über Krisenintervention nachdenke, wir sind jetzt fast 2 Jahre tätig als MBT, 10 Jahre fast. Und das, was ich vorhin versucht hab zu beschreiben, ich kann nicht von außen irgendwo hinkommen, ob es ins Dorf oder eine Kleinstadt oder wo auch immer und sage, oh, ihr habt eine Krise, ich komm jetzt, in zwei Wochen, in vier Wochen ist die Krise erledigt. Das funktioniert nicht. Weil was machen wir denn? Wir brauchen einen Zugang. Manchmal bekommt man ihn auch nicht, das ist so. Ja, wie gesagt, so von außen reinkommen, intervenieren ... was ist denn dann? Dann geht das Kriseninterventionsteam weg, und dann sind die Leute aber vor Ort allein. Wir plädieren doch eher für eine nachhaltige und kontinuierliche Arbeit vor Ort. Der Punkt ist der, wie sich das im

Land Brandenburg dann genau aufstellt, ist so 100%ig noch nicht klar. Aber wie gesagt, wir sind da und machen unsere Arbeit vor Ort, so gut wie wir können, weiter. Das ist, denke ich, die beste Voraussetzung, um dann auch tätig zu werden. Was diese Modellprojekte angeht, das ist ja eine Säule in diesen Aktionsplänen, das kann Sinn machen, wenn man es wirklich schafft, über diese 3 Jahre hinaus. Ich sag ja, wir haben ein solches Modellprojekt mit den Elternwegen, wenn man es schafft, wirklich in den 3 Jahren Strukturen zu installieren, also wirklich Selbsthilfeinitiativen, dann ist was gewonnen. In der Uckermark ist z. B. ein Modellprojekt, da geht es um den ländlichen Raum und um Jugendbildung.

Aber die Kunst wird in all diesen Sachen sein, wie wir das auch bei Xenos, bei Entimon, bei Zivitas hatten, die Kunst wird sein, zu erreichen, dass aus dem wenigen Geld mehr gemacht werden kann. Und ich glaube, das sind 10 Projekte im Land Brandenburg, die diesen Plan bekommen haben. Ich weiß, dass Rathenow z. B. sehr enttäuscht war, da Rathenow ein massives Problem hat. Wie diese Entscheidungen zustande kommen oder warum, entzieht sich auch unserer Kenntnis. Andersrum werden die Rathenower - davon bin ich überzeugt - die werden trotzdem an dem Problem arbeiten. Es wird allerdings mit dem Geld, was in den Landkreis geht mit 100.000 Euro pro Jahr, wenn denn die 100.000 pro Jahr fließen, wird ja auch nicht alles Gutes getan werden können. 100.000 sind eben eigentlich auch Peanuts. Man wird sich aber Gedanken machen müssen, was mit den Initiativen ist, die gute Arbeit leisten und die aus bestimmten Gründen nicht berücksichtigt werden können, weil der Schwerpunkt, der inhaltliche Schwerpunkt möglicherweise auf der einen Ecke im Landkreis liegt und nicht auf der anderen, aber darüber muss man sich natürlich Gedanken machen.

Dr. Michael Kohlstruck

Also, ich muss nicht in der Weise zurückhaltend sein. Das Zivitas-Programm und die Nachfolgeprogramme, die sind ein gutes Beispiel dafür, die zeigen, wie eigentlich Sonderprogramme aus einer Eigendynamik heraus entstehen. Also Sonderprogramme sind zur Bearbeitung von Jobs, die eigentlich in die Regelarbeit, in die Regelförderung gehören, überhaupt nicht geeignet. Das hat man auch in der Evaluierung des Zivitas-Programmes von wissenschaftlicher Seite klipp und klar gesagt. Man hat ganz klar gesagt, es gibt da ein Problem, dass da z. T. Regelaufgaben übernommen werden, es gibt ein Problem, was die Professionalität angeht. Und was macht dann die Politik, sie setzt sich über diese Empfehlungen oder über diese Überlegungen, die da angestellt worden sind, einfach hinweg, einfach um der Pflicht zu genügen, da irgendwas zu machen. Diese Krisenintervention ist einfach nur symbolische Politik und ein Showgeschäft. Wenn das Geld da ist, wird man es irgendwie verwenden, aber letztlich hat das keine wirklich sachliche Begründung, sondern hat nur eine rein politische Begründung. Die stehen unter Handlungsdruck und wollen da sozusagen so eine Fallfeuerwehr installieren, das ist fachlich gesehen wirklicher Mumpitz, das weiß auch jeder. Die ganze Forschung - es gibt ja eine Intensivierung der Forschung seit Anfang der 90er Jahre - die sagt klipp und klar, die beste Prävention ist einfach eine sehr frühzeitig einsetzende Unterstützung der Bildungs- und Erziehungsprozesse, die eigentlich zunächst in der Familie stattfindet, aber wenn es Krisen gibt, wenn das nicht gelingt, braucht man eine relativ frühe Unterstützung. Das hat mit Rechtsextremismus erst mal gar nichts zu tun, mit aggressivem Aufhalten, mit dissozialem Verhalten. Um die Prozesse müsste man sich kümmern, wenn man wirklich an dem Problem was tun will. Da hat man entweder nicht das Geld oder nicht wirklich den politischen Willen. Dann tut man eben erst dann was, wenn - bildlich gesprochen - das Kind wieder in den Brunnen gefallen ist. Wir haben jetzt nicht das Thema: das Verhältnis von Regelaufgaben zu Sonderprogrammen, insofern höre ich jetzt auch auf, weil man sonst den ganzen Nachmittag noch reden könnte. Aber die jetzt aufliegenden Programme sind einfach ein Beispiel auch dafür, wie fachlicher und wissenschaftlicher Sachverstand vorsätzlich ignoriert werden von der Bundespolitik. Herr Heitmeier, dessen Institut die Evaluierung gemacht hat, der hat vor 3 Tagen zu den lokalen Aktionsplänen in Berlin gesprochen und hat klipp und klar gesagt, was die Politik da jetzt aufgelegt hat, hat mit den Ergebnissen, die seine Kollegen, seine Mitarbeiter erarbeitet haben, alles gar nichts zu tun. Und da muss man einfach wirklich kritisch dazu sagen, das ist die Eigendynamik symbolischer Politik, das ist das Denken in Legislaturperioden, aber fachlich ist das in keiner Weise irgendwie gerechtfertigt. Da kann ich wirklich nichts Positives dazu sagen.

Silvia Enders

Ich möchte mal zur Gegenrede ausschlagen, weil ich als Leiterin des Ordnungsamtes des Landkreises Dahme-Spreewald durchaus auch mit dem lokalen Aktionsplan betraut bin und möchte hier erst mal insofern gegenhalten, dass die 50.000 Euro, die hier angesprochen wurden für die Denkwerkstatt, das sind kreisliche Mittel, das hat mit den 100.000 Euro überhaupt nichts zu tun. Das sind also wirklich Kreismittel, die der Landkreis hier zur Verfügung stellt auf Beschluss des Kreistages, die für die bauliche Seite und die konzeptionelle Seite eingesetzt werden, also nicht für irgendwelche Veranstaltungen, sondern wirklich rein in den Ausbau der Denkwerkstatt Halbe. Hinzu kommt, dass ich einfach auch mal eine Lanze brechen möchte für die Kommunen, weil wir als Landkreis Dahme-Spreewald seit 2006 bereits uns mit dem Thema Rechts beschäftigen und schon im letzten Jahr im Haushaltsplan 15.000 Euro hatten, kreisliche Mittel, die wir hier einem Veranstalter zur Verfügung gestellt haben, und in diesem Jahr die 100.000 Euro haben als Bundesmittel aus dem Bundesprogramm, als Vorreiter mit dem Landkreis Elbe-Elster zusammen bereits am 28. Dezember 2006 den Zuwendungsbescheid hatten. Und ich muss sagen, dem ging aber viel voraus. Dem ging voraus, dass wir also ein Konzept hatten, dass wir konzeptionell schon sehr weit waren als Landkreis und deshalb dann auch von unserem Ministerium vorgeschlagen wurden für die Bundesförderung. Und wir haben derzeit schon 73.000 Euro bewilligt von den 100.000. Wir sind also schon ein Stückweit dabei, Projekte umzusetzen. Wir wollen Netzwerke bilden, wir reden immer über dieses Miteinander. Und ich habe festgestellt, dass wir viele Sachen in der Vergangenheit gar nicht gewusst haben als Kommune, die gelaufen sind, weil die nebenher gelaufen sind. Jetzt haben wir die Möglichkeit, durch den Begleitausschuss, der schon angesprochen wurde, wirklich mit den zivilgesellschaftlichen Partnern über diese Forderung zu reden, die Maßnahmen zu bewilligen und auch dem einen oder anderen vielleicht zu sagen, du kannst Mittel kriegen, aber nicht in dem Maße. Es wird ganz gezielt auch überprüft, die Verwendungsnachweise sehen recht heftig aus, und der Zuwendungsbescheid des Bundes sieht so heftig aus, dass der eine oder andere Zuwendungsempfänger dicke Backen macht, weil er einfach sagt, das ist nicht hinnehmbar, das ist auch gar nicht umsetzbar. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich beneide mich selber heute schon nicht, wenn ich den Verwendungsnachweis an den Bund machen muss, weil der hat so viel sensible Themen drin, was die Vereine schwer umsetzen können bzw. was bei Entimol und Zivitas gar nicht Bedingung war. Das muss ich einfach mal an der Stelle sagen. Ich persönlich begrüße das, ich mach es als Ordnungsamtsleiterin im Zuge des Präventionsrates des Landkreises mit, und ich kann eigentlich nur sagen, wir haben unsere Vereine hinter uns gekriegt, wir haben aber Einzelkonsultationen mit ihnen durchgeführt, wir haben 5, 6 Stunden mit den Vereinen gesessen und haben sie informiert. Also, ich seh dass nicht so negativ, diese Bundesforderung, wie sie jetzt hier vielleicht für mich zumindest gerade ankommt. Wir arbeiten mit dem Jugendamt zusammen, mit den Vereinen, mit der Polizei, also wir sind ein Gremium, die sich hier zusammengefunden hat. Wir beziehen auch die Feuerwehr mit ein. Wir gehen über die Kreisjugendfeuerwehr im Rahmen eines Programms, „Tolerantes demokratisches Dahme-Spreewald“ nennt sich das. Wir gehen in die Jugendfeuerwehr, wir haben 90 Jugendfeuerwehrwarte, die wir also hier gezielt schulen, um dann den Blick für die Jugend zu bekommen und für dieses Thema. Wir gehen in die Kommunen, wir gehen in die Stadtverordnetenversammlung, wir gehen in die Gemeindevertreterversammlung, wir gehen in die Jugendbereiche, und gerade jetzt für die Dienstberatung des Landrates ist also dieses konzeptionelle Thema Kommune aufgestellt, um hier festzulegen, wie wir das machen. Ich kann für unseren Landkreis eigentlich sagen, dass ich persönlich die Umsetzung des Bundesprogrammes befürworte.

Dr. Michael Kohlstruck

Was gute Erfahrungen bei der Umsetzung der Programme angeht, da kann ich nichts dazu sagen, da hab ich nichts mit zu tun, das glaube ich, dass das bei Ihnen gut läuft. Das Problem ist aus meiner Sicht ein bisschen tiefer anzusetzen. Das Problem ist, dass reguläre, allgemein legitime Ziele und Zwecke der normalen Kinder- und Jugendhilfe, dass die jetzt im Rahmen von einem Sonderprogramm durchgeführt werden, und dieses Sonderprogramm hat ein negatives Ziel. Das Ziel ist nämlich die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das, was Sie beschrieben haben, die Förderung etwa der

Denkwerkstatt oder die Fortbildung von Mitarbeitern in der Feuerwehr, das sind ja Ziele und Aufgaben, die völlig unabhängig davon ihr Recht hatten und legitim sind und bezahlt werden müssen, völlig unabhängig davon, dass es Rechtsextremismus gibt. Das ist ein grundsätzliches Problem, dass bei uns hierzulande die Jugendarbeit vernachlässigt wird und dann wieder in den Blick kommt, wenn man sagt, wir müssen präventiv denken, wir haben hier ein Riesenproblem mit Rechtsextremismus. Wir haben das Problem mit Rechtsextremismus, aber wir dürfen nicht dabei vergessen, dass die ganze Zeit das, was da als vermeintlich freiwillige Aufgabe der Jugendarbeit genannt wird, was ja auch rechtlich umstritten ist, dass das nicht überall und immer, aber doch stark im Argen liegt. Und alle Ziele, die darauf hinauslaufen, Förderung von demokratischem Verständnis, Kompetenz, interkulturelle Fähigkeit, soziales Lernen, das sind alles ganz normale Regelaufgaben. Die kriegen wir jetzt verpackt als Gegenprogramm für Rechtsextremismus. Damit werden die allgemeinen Ziele von Persönlichkeitsbildung und demokratischer Persönlichkeit sozusagen herabgewürdigt als Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus. Und das ist das grundsätzliche Problem, was mit diesem Sonderprogramm verbunden ist. Wenn ich 100.000 Euro bekäme oder 50.000 für die Denkwerkstatt, würde ich die auch nehmen, das ist keine Kritik an Ihnen. Ich will nur verdeutlichen, was da eigentlich sozusagen mit diesen Sonderprogrammen verbunden sein kann im Verhältnis zu dem, was eigentlich normale Regelaufgaben von Kinder- und Jugendhilfe, von Schule und Ausbildung und natürlich vom Elternhaus ist. Keine Gegenrede gegen Sie, sondern da findet eine Verkehrung statt, und die ist kinder- und jugendpolitisch aus meiner Sicht sehr alarmierend.

Irene Wolff-Molorciuc

Sonderprogramme werden größtenteils dort aufgelegt, wenn vorher Aufgaben vernachlässigt worden sind. Und das haben wir zu kritisieren. Wir müssen uns wirklich mit diesen Dingen auseinandersetzen, denn das, was polizeilich interessant wird oder für den Verfassungsschutz oder wie auch immer, das ist abzuarbeiten. Aber das, was nebenher läuft, wo jeder zu Hause sitzt und sagt, na ja, solange die Polizei da nicht einschreitet, haben wir das Problem gar nicht, das ist das, was mich umtreibt und das mich auch so aufregt. Ich kann es ja auch an vielen privaten Beispielen beweisen, an meinem zweiten Namen, den ich mir, um mich interessant zu machen, da noch hinten hab dranhängen lassen, hört man, es handelt sich zumindest um einen ausländischen Namen, meine Mann ist Rumäne. Und wer sich noch so erinnern kann an die Zeit um die 90er Jahre, Beginn der 90er Jahre, also bei uns zumindestens waren die Rumänen diejenigen, die man mit Dieben in Zusammenhang gebracht hat. Das macht man natürlich nicht mehr, wenn er dabei sitzt. Aber man meint es immer noch so. Also, ich will bloß mal sagen, dass wir auch selber offener sind. Es geht nicht bloß darum, die Nazis nicht in den Parlamenten zu haben, sondern es geht auch darum, wie wir generell uns damit auseinandersetzen. Und es gibt viele Dinge, da kann die Polizei gar nicht einschreiten. Aber ich kann mich damit auseinandersetzen, wenn es etwas ist, was mir nicht passt, weil es meiner Lebensweise nicht entspricht, meiner Auffassung oder wie auch immer. Und ich habe das Gefühl, das machen wir zu wenig. Wir sagen ja auch oft unter uns, gegen eine Demo vorzugehen ist, ist viel einfacher als gegen die Parolen, die am Abendbrottisch so einfach, so ganz normal von sich gegeben werden. Und dafür möchte ich auch gern wieder ein Klima. Und deshalb finde ich Bündnisse in Ordnung, finde ich auch Vereine in Ordnung und finde couragierte Menschen einfach gut. Es ist doch viel komplizierter unter Leuten, die sich schon ewig kennen.

Jana Schulze

Wir haben aber noch ein ganz anderes Problem. Es gibt ganz viele engagierte Menschen, Bürgerinnen und Bürger, die sich dann in Vereinen etablieren wollen, die dann auch einen Verein gründen wollen. Ich selber bin Vorsitzende von so einem kleinen Verein „Kunst und Kultur gegen Gewalt“, wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, in Schulen zu gehen, zu jungen Leuten, aber eben auch zu alten, weil auch dort sich diese Strukturen leider immer mehr verfestigen, um kulturvoll mit Bildung zu versuchen, ein Bein in die Tür zu kriegen. Und dann haben wir ein ganz anderes Problem. Dieser Verein musste sich anmelden, das ganze Procedere kennt ja der eine oder andere, und dann willst du ein Projekt starten, stellst einen Antrag, und dann kommt der wieder, um Gottes Willen, da wollen wir noch eine Unterschrift zusätzlich haben. Ich sag mal, es kann auch manchmal

stagnieren an den reinen bürokratischen Hürden und Hindernissen, mit denen wir auch alle alltäglich zu kämpfen haben. Deswegen finde ich es umso bedeutsamer, dass Frau Fäscher heute hier ist und ihr Netzwerk hier vorgestellt hat und ich wünsche ihr dafür ganz, ganz viel Erfolg und dass sie nicht so viele Hürden oder Steine in den Weg gelegt bekommen, die momentan unser Verein so ein bisschen mitbekommt.

Ariane Fäscher

Ich bitte um Entschuldigung, dass ich immer noch Kommunikationsbedarf habe. Um gleich darauf noch mal zu antworten, ich glaube, das ist ein Kernproblem, dass alle zivilgesellschaftlichen Initiativen an jeder Stelle haben. Wir freuen uns eh immer, wenn es irgendwo Geld gibt. Auch wenn wir das auch sehen, dass es an der falschen Stelle unter Umständen ausgegeben wird, aber wir brauchen es nun mal, und wenn es irgendwo herkommt, freuen wir uns. Aber es werden wenigstens 50 % der Kapazitäten dafür gebunden, dass wir beantragen müssen, dass wir abrechnen müssen, dass wir dokumentieren müssen, dass wir telefonieren müssen. Und das ist eine ganz enorme Ressourcenverschwendung. Man muss sich einfach vor Augen halten, die Menschen, die sich darauf einlassen, die tun das ehrenamtlich, die tun das in ihrer Freizeit. Und wenn ich 50 % meiner Freizeit dafür aufwenden muss, mich zu ärgern, dann ziehe ich mich zurück. Und der zweite Punkt, der angesprochen wurde, für den ich unbedingt noch mal intensiv auch in Richtung Politik werben möchte, ist, viel, viel früher, nämlich schon in den Kindergärten anzufangen, ein demokratisches Bewusstsein unter den Kindern zu erzeugen, denn Sozialdarwinismus ist in unseren Kitas und Schulen gelebte Realität. Meine Tochter, die kommt jetzt aus dem Kindergarten raus, da wurden zu Anfang des Jahres Dienste gebildet, ein Waschraumdienst, ein Garderobendienst. Zunächst dachte ich noch, ach, das ist ja eine gute Idee, da kann man anfangen, aufeinander zu achten und sich gegenseitig zu unterstützen. Nein, so war das mitnichten gedacht, sondern derjenige der Dienst hatte, sollte kontrollieren, ob der Wasserhahn aus ist, und wenn der Wasserhahn nicht aus war, dann war es nicht seine Aufgabe, sich den Täter noch mal ranzuholen, sondern er war angehalten zu denunzieren. Dann wurde dieses Kind, das gefehlt hatte, vor die Gruppe zitiert und am Pranger niedergemacht. Und das ist das, was im Prinzip ein Klima in den Kindern erzeugt, dass solchen Samen überhaupt aufgehen lässt. Und das ist unser Problem. Ich glaube, wir müssen in der Ausbildung von Erziehern, in der Ausbildung von Pädagogen und vor allem von Grundschulpädagogen ein viel, viel höheres Augenmerk auf sozialpsychologische Zusammenhänge, auf Wertevermittlung, auf Selbstwertentwicklung legen. Wir versuchen unsere Kinder zu verbiegen, ihnen den Individualismus zu nehmen, damit sie in Strukturen passen und wundern uns dann nachher, dass sie irgendjemandem nachlaufen, der sagt, ich weiß, wie es geht. Also ich glaube, da bin ich einfach ganz bei Ihnen, Herr Dr. Kohlstruck, wir geben das Geld zu spät und für Pflasteraufkleben aus, anstatt grundlegend ein Klima zu schaffen, dass Extremismus in jeder Form gar nicht erst ermöglicht.

